

# **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

## **Diplomatisches Handbuch**

Sammlungen der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse,  
Congreßacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden  
bis auf die neueste Zeit ; mit kurzen geschichtlichen Einleitungen

**Ghillany, Friedrich Wilhelm**

**Noerdlingen, 1868**

XVIII. Die Friedenspräliminarien zwischen Oesterreich und Preußen zu  
Nikolsburg, 26. Juli 1866 (Der deutsche Krieg vom Jahre 1866)

## XVIII.

## Die Friedenspräliminarien zwischen Oesterreich und Preußen zu Nikolsburg,

26. Juli 1866.

(Der deutsche Krieg vom Jahre 1866.)

Die Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich nahmen im Monat April 1866 durch die neben ihnen hergehenden Rüstungen einen immer drohenden Charakter an. Der deutsche Bund mahnte zum Frieden; er war auf den von Preußen am 9. April 1866 gestellten Antrag auf Bundesreform eingegangen und hatte am 29. April für die Verathung desselben einen aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschuß eingesetzt; Oesterreich selbst hätte bei dem üblen Stand seiner Finanzen den Krieg gerne vermieden und that versöhnliche Schritte; aber Preußen wollte Krieg, nicht die Nation, jedoch der König und das Ministerium. Es schien sich noch von den Tagen von Bronzell und Olmütz (1850) her ein alter Groll in den preußischen maßgebenden Kreisen fortgeerbt zu haben, der sich auch durch Neuerungen in der Heerverfassung bereits seit mehreren Jahren vorbereitet hatte, endlich mit Gewalt der Waffen die Rivalität des Hauses Habsburg aus dem Wege zu räumen, die überall hindernd dazwischen trat, wo das Haus Hohenzollern seinen Einfluß in Deutschland erweitern wollte. Das Verfahren Oesterreichs gegen Preußen in den Jahren 1848 bis 1851, die Mißgunst, mit welcher damals das österreichische Kabinet der versuchten Erhebung der preußischen Dynastie auf den deutschen Kaiserthron entgegentrat, die Zerstörung der hierauf von Preußen in's Leben gerufenen deutschen Union, der zu diesem Behufe von Oesterreich und Bayern unternommene Kriegszug nach Hessen, die zuletzt in Verbindung mit Rußland ausgeführte vollständige Demüthigung der preußischen Machtbestrebungen in Olmütz, endlich der im Jahre 1863 unerwartet und ohne

Vorberathung mit Preußen vom österreichischen Kabinet berufene Fürstentag, welcher den Kaiser von Oesterreich an die Spitze von Deutschland stellen sollte: dies waren allerdings Punkte, welche die preussische Dynastie verletzen mußten und nach dem Tode des bedenklichen und unentschiedenen Königs Friedrich Wilhelm IV. Genugthuung zu verlangen schienen; wenn man auch auf der anderen Seite nicht in Abrede stellen kann, daß auch die habsburgische Dynastie sich im Recht fühlen mochte, indem sie sich bemühte, ihren alten Traditionen gemäß sich an der Spitze von Deutschland zu behaupten. Für die deutsche Nation selbst war freilich diese fortwährende Rivalität der beiden mächtigsten Häuser ein beständiges Hinderniß der Einigung und Kraftentwicklung gegen Außen, und vom deutsch-nationalen Standpunkt aus konnte man also nicht anders, als wünschen, daß dieser Streit endlich aufhöre, indem eine der Mächte entweder freiwillig zurücktrete oder im Kampf unterliege.

Eine am 26. April 1866 an das preussische Kabinet gerichtete österreichische Note sagte, der Kaiser von Oesterreich habe den dringenden Wunsch, den zwischen beiden Kabinetten schwebenden Conflict gründlich zu beseitigen; dazu sei aber nicht blos eine gegenseitige Abrüstung erforderlich, sondern auch eine Verständigung über Schleswig-Holstein. Bei der Eroberung der Herzogthümer durch die österreichisch-preussische Armee sei es nicht auf die gegenwärtig bestehende Theilung von Schleswig-Holstein zwischen Preußen und Oesterreich abgesehen gewesen; das preussische Kabinet möge sich daher mit dem österreichischen dahin verständigen, dem deutschen Bundestag zu erklären, beide Mächte hätten beschlossen, die von Dänemark durch den wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Herzogthümer auf denjenigen Prätendenten überzutragen, welchem der deutsche Bund die überwiegende Berechtigung zur Erbfolge im Herzogthum Holstein zuerkennen würde. Biete Preußen zu diesem Ausgleich die Hand, so wolle Oesterreich überall mitwirken, damit dem preussischen Kabinet die Vortheile in den Herzogthümern bleibend gesichert würden, mit denen Oesterreich einverstanden sei; nämlich die Erwerbung militärischer Stellungen in Kiel, Rendsburg und Sonderburg, Anlage eines Kanals von der Ost- zur Nordsee, Marineleistungen der Herzogthümer an Preußen bis zur Herstellung einer deutschen Flotte, Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein. Preußen ging auf diesen Antrag nicht ein; es erklärte, beide Mächte hätten nicht als Bundesmächte, sondern als europäische Großmächte die Herzogthümer erobert, und es stünde also dem deutschen Bunde keine Entscheidung über diese Eroberung zu; die preussische Antwort vom 30. April verlangte, daß Oesterreich vor Allem seine Truppen aus Schlesien, Mähren und Galizien, die dort in den letzten Wochen angehäuft wor-



ben seien, zurückziehe; im andern Falle müsse Preußen bei den wichtigen und folgenschweren Verhandlungen, welche mit dem österreichischen Kabinet beverständigen, sich gleichfalls in Kriegsbereitschaft setzen. Inzwischen machte seit Mitte April die italienische Regierung sehr ernste Vorbereitungen zum Kriege, welche deutlich zeigten, daß zwischen dem italienischen und preußischen Kabinet ein geheimes Einverständniß und auf beiden Seiten der feste Entschluß bestehe, mit Oesterreich anzubinden. Auch Sachsen, das entschieden österreichisch gesinnt und als Nachbarland von Preußen am meisten bedroht war, brachte seine Armee auf den Kriegsfuß. Auf eine preußische Anfrage vom 27. April 1866, was diese Rüstungen zu bedeuten hätten, antwortete das sächsische Kabinet, Sachsen suche seine Armee nur in den bundesmäßigen Stand zu setzen, um etwaigen Anforderungen des Bundes entsprechen zu können. Aus Oesterreich gingen in der letzten Woche des April starke Truppen sendungen nach Venetien. Das österreichische Kabinet richtete zur Rechtfertigung seiner Rüstungen am 27. April 1866 ein Rundschreiben an die auswärtigen Mächte, worin es sagte: „Wir haben zu viele Pfänder unserer friedlichen Absichten ertheilt, es ist zu offenkundig, daß weder die Politik der kaiserlichen Regierung noch Oesterreichs Interessen bei Angriffsplänen ihren Vortheil finden, als daß in Europa Zweifel an der Aufrichtigkeit unserer Rede obwalten könnten. Unsere Maßregeln haben nur den Charakter strengster Defensiv, und es kommt der kaiserlichen Regierung nicht in den Sinn, mit irgend Wem einen Krieg hervorzurufen. Aber wir halten es zugleich für eine gebieterische Pflicht, Nichts zu versäumen, um uns in den Stand zu setzen, eine bewaffnete Invasion zurückzutreiben. Kein Kabinet könnte, davon sind wir überzeugt, die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, uns den Rath zu geben, daß wir anders handeln sollten; denn keines würde bei dermaliger Lage uns die Unverletzbarkeit unseres Gebietes garantiren wollen.“ Zugleich verstärkte die österreichische Regierung die Besatzungen in Böhmen, Mähren und Schlesien, contrahirte gegen Verpfändung von Staatsgütern ein Anlehen von 72 Millionen Gulden und befahl die Anfertigung von Staatsnoten zu einem und zu fünfzig Gulden bis zur Summe von 150 Millionen. Die von Preußen durch eine Note vom 30. April 1866 geforderte Abrüstung lehnte das österreichische Kabinet in seiner Antwort vom 4. Mai ab, indem es wiederholt und feierlich versicherte, es beabsichtige weder Preußen noch Italien anzugreifen, fühle sich aber verpflichtet, für die Vertheidigung der Monarchie zu sorgen. Darauf verfügte ein unter dem Vorsitz des Königs von Preußen gehaltener Kriegsrath Kriegsbereitschaft für sechs preußische Armee corps und die Veretzung der ganzen preußischen Infanterie auf Kriegsstärke; der Kaiser von Oesterreich seinerseits er-



ließ am 6. Mai 1866 den Befehl, die ganze österreichische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen und die Nordarmee an der böhmischen und schlesischen Grenze zu concentriren. Oesterreichische Blätter gaben damals den Gesamtstand der österreichischen Armee auf dem Kriegsfuße, ohne die vierten Bataillone, auf 690,009 Mann an; 380,000 Mann mit 500 Geschützen sollten gegen Preußen, 130,000 Mann gegen Italien aufgestellt werden. Diese Angaben waren, wie die nun folgenden kriegerischen Ereignisse zeigten, viel zu hoch und hatten das Vertrauen der deutschen Mittelstaaten auf die österreichische Macht allzusehr gesteigert. Es schien gar keinem Zweifel zu unterliegen, daß Preußen einer solchen, noch mit den Armeen sämtlicher Mittelstaaten vergrößerten Macht nicht gewachsen sei. Als im Frühjahr 1867 die kaiserliche statistische Commission ihren Bericht veröffentlichte, erfuhr man, daß die gesammte sowohl gegen Preußen als gegen Italien gerichtete österreichische Armee nicht mehr als 407,223 Combattanten zählte. Die von Preußen aufgebotenen Streitkräfte betrugen, nach officiellen Nachrichten, 669,079 Mann. Hievon kamen auf die active Armee aller Waffengattungen 442,466 Mann, auf die Ersatztruppen 129,025 Mann, auf die Festungsbesatzungen 97,588 Mann. Noch nicht aufgeboten bis zum Schlusse des Krieges waren 33 vierte Bataillone, 80 Escadrons Landwehr und beinahe die ganze Landwehr zweiten Aufgebotes. Der preußische Major Beitzke bemerkte in seiner Broschüre: „Das preußische Heer vor und nach der Reorganisation, seine Stärke und Zusammensetzung im Kriege 1866“, Preußen hätte diesen Kraftaufwand nicht lange aushalten können; von etwa 32 Einwohnern sei einer unter die Waffen gerufen gewesen; bei einer längeren Dauer des Krieges hätten Gewerbe und Ackerbau und mit ihnen die erwerbsunfähig gemachten Familien auf das Empfindlichste leiden müssen.

Am 5. Mai 1866 legte der sächsische Gesandte dem deutschen Bundestag die preußische Aufforderung zur Abrüstung vor und verlangte, der Bund solle Preußen zu beruhigenden Erklärungen veranlassen; dieser Antrag wurde mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Der preußische Gesandte erklärte hierauf, die preußischen Rüstungen seien bloß defensiver Natur, und seine Regierung erwarte, der Bund werde vielmehr Sachsen und Oesterreich auffordern, ihre Rüstungen einzustellen. Es ist bemerkenswerth, daß sich die Volksstimmung in Preußen um diese Zeit, nämlich vor dem wirklichen Ausbruch des Krieges, überall sehr entschieden gegen den Krieg aussprach und gar nicht verhehlte, daß das preußische Volk sehr wohl einsehe, Preußen sei von Oesterreich nichts weniger als bedroht, das preußische Cabinet suche vielmehr Krieg mit Oesterreich. Volksversammlungen in Berlin

(5. Mai), Königsberg (9. Mai), Köln (13. Mai), die Handelskammern von Elberfeld, Düsseldorf, Dortmund, Grefeld, Trier, Münster (Ende Mai) erklärten sich gegen den Krieg. Die Einberufung auch der verheiratheten Landwehrmänner zur Armee (Mitte Mai) erregte im ganzen Lande große Unzufriedenheit, namentlich in Berücksichtigung der höchst dürftigen Unterstützung, welche die ihres Ernährers entbehrenden Familien erhielten; eine Frau bekam nämlich für sich einen Silbergroschen und für jedes Kind sechs Pfennige täglich, womit unbemittelte Familien kaum ihre Miete bestreiten konnten. Als jedoch der Krieg einmal im Gang war und Siegesberichte einliefen, legte sich die Verstimmung und an vielen Orten zeigte sich im Gegentheil eine freudige Theilnahme an den Ereignissen, die eine Erhöhung des preußischen Kriegsruhmes versprachen. Auf österreichischer Seite erließ der Feldzeugmeister Benedek bereits am 12. Mai 1866, sechs Wochen vor der eigentlichen Kriegserklärung (am 23. Juni), einen Armeebefehl, worin er bekannt gab, daß er vom Kaiser zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannt sei; „die kaiserliche Armee“, sagte er, „wird in jedem Kampfe mit Begeisterung und altösterreichischer Zähigkeit in Treue und Ehre siegen, in Treue und Ehre zu sterben wissen für Kaiser und Vaterland.“ Die Minister der deutschen Mittel- und Kleinstanten (Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Darmstadt, Nassau, Weimar, Koburg, Meiningen) hielten am 13. und 14. Mai 1866 eine Conferenz in Bamberg, um sich über eine gemeinsame Haltung in der Streitsache der beiden deutschen Großmächte zu vereinigen. Sie kamen überein, folgende Punkte aufrecht zu erhalten: 1) Oesterreich und Preußen sollen gleichzeitig entwaffnen und, wenn sich Preußen weigert, soll Bundesexecution eintreten. 2) Die Lösung der Herzogthümerfrage gehört allein dem deutschen Bunde zu. 3) Eine ausgedehnte liberale Bundesreform ist zeitgemäß und soll in's Werk gesetzt werden. 4) Preußen soll seine Vorschläge für Bundesreform vor der Berufung des deutschen Parlaments mittheilen. Diese Staaten waren damals, wie ganz Deutschland, noch in dem guten Glauben, sie würden vereinigt eine dritte deutsche Großmacht darstellen, die mit Hülfe der Bundesverfassung das Schiedsrichteramt zwischen Preußen und Oesterreich ausüben könnte; allein die Ereignisse bewiesen, daß das Bundesband, welches sie zusammenhielt, ein sehr lockeres war, und daß ihr aus verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetztes gemeinsames Heer gegen die concentrirte Heeresmacht des preußischen Großstaates Nichts auszurichten vermochte. Am 19. Mai 1866 stellten die genannten Staaten in der Bundesversammlung den Antrag, letztere möge bei den Regierungen, die sich zum Kriege rüsteten, Anfrage halten, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit seien, gleichzeitig und zwar an einem von der Bundesversamm-



lung zu bestimmenden Tage, ihre Streitkräfte auf den Friedensstand zurückzuführen? Dieser Antrag wurde am 24. Mai einstimmig, auch von Preußen, angenommen; der preußische Gesandte forderte jedoch bei dieser Veranlassung sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments, welches allein im Stande sei, einem deutschen Bürgerkriege vorzubeugen. Das preußische Cabinet durfte voraussetzen, daß ihm durch ein Parlament, wie im Jahr 1849, auf friedlichem Wege die Stellung in Deutschland werde angewiesen werden, die es mit Gewalt der Waffen zu erzwingen im Begriff stand.

Die europäischen Großmächte Frankreich, England und Rußland machten um diese Zeit einen Versuch, die Streitfragen auf einer Conferenz zu schlichten. Sie stellten am 24. Mai 1866 an Oesterreich, Preußen, den deutschen Bund und Italien den Antrag, an einem zu bestimmenden Tage Bevollmächtigte nach Paris zu senden, um auf diplomatischem Wege die Elbherzogthümerfrage, die italienische und die Frage der deutschen Bundesreform zu lösen. Oesterreich antwortete am 1. Juni, es erwarte von einer solchen Conferenz kein günstiges Resultat; denn voraussichtlich entscheide sich dieselbe für die Abtretung Venetiens, und dazu verstehe sich Oesterreich nicht. Auf diese Erklärung hin wurde der Plan aufgegeben. An dem nämlichen Tage (1. Juni 1866) erklärte der österreichische Gesandte in der deutschen Bundesversammlung, der Kaiser von Oesterreich sei in seinen Zugeständnissen an Preußen bezüglich der Elbherzogthümer so weit gegangen, als es die Würde Oesterreichs und das Recht des deutschen Bundes erlaubten. Preußen stelle unberechtigte Forderungen und bethätige die Neigung, dieselben rücksichtslos und selbst mit Gewalt der Waffen durchzuführen. Oesterreich könne die von Preußen verlangte Einstellung der Rüstungen nur dann in's Werk setzen, wenn es von Preußen keinen Angriff mehr auf sein Gebiet oder auf das seiner Bundesgenossen zu befürchten habe; „die kaiserliche Regierung gebe daher alles Weitere den Beschlüssen des Bundes anheim, welche Oesterreich befolgen werde.“ Zugleich zeigte der Gesandte an, daß der österreichische Statthalter in Holstein beauftragt sei, die holsteinischen Stände einzuberufen, damit sich die Wünsche und Rechtsanschauungen des Landes als ein berechtigter Factor der Entscheidung geltend machen könnten. Diese Berufung erklärte der preußische Gesandte in Wien am 6. Juni 1866 und ebenso eine preußische Depesche an die preußischen Gesandten im Ausland für einen Bruch des Gasteiner Vertrags, nach welchem die Souveränitätsrechte in Holstein Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich zugehörten und das österreichische Ministerium nicht einseitig die dortige Ständerversammlung berufen könne. Sofort rückte (7. Juni 1866) ein ungefähr 20,000 Mann



starkes preußisches Armeecorps aus Schleswig in Holstein ein und besetzte die Städte Kiel, Rendsburg und Itzehoe, um das Zusammentreten des holsteinischen Landtags mit Gewalt zu verhindern. Der preußische Gouverneur in Schleswig, General v. Manteuffel, machte in Schleswig bekannt, es geschehe die Besetzung Holsteins durch preußische Truppen im Interesse der schleswig-holsteinischen Landesverfassung, da sich die Stände der Herzogthümer nicht nach beiden Ländern getrennt, sondern gemeinsam zu versammeln hätten. Am 10. Juni erließ er eine Proclamation an die Holsteiner, worin er ihr ruhiges Verhalten beim Einmarsch der Preußen belobte, aber zugleich alle politischen Vereine schloß und ankündigte, daß die von dem österreichischen Statthalter General v. Gablenz am 15. September 1865 in Holstein eingesetzte Regierung aufgelöst sei, wogegen der Baron Scheel-Plessen, der seinen Sitz in Kiel genommen, die Regierung über beide Herzogthümer übernommen habe; der König von Preußen beabsichtige, die Stände beider Herzogthümer zu einer gemeinsamen Versammlung zu berufen. Gegen dieses Vorgehen protestirte eine am 8. Juni 1866 auf dem Markte von Itzehoe abgehaltene Volksversammlung, welche die Erklärung abgab: „Angesichts der bedrohten Lage des Landes wiederholen wir das Gelöbniß, nach wie vor an dem Recht unseres Landes auf seine Selbstständigkeit unter dem angestammten und erkorenen Fürsten Herzog Friedrich festzuhalten.“ Unbeirrt von dieser Demonstration besetzten preußische Truppen das Ständehaus in Itzehoe, um die Versammlung der Stände zu verhindern, und brachten den Regierungsrath Lasser, welcher die Ständeversammlung eröffnen sollte, in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni 1866 in Haft. Gegen die Insinuation, daß Preußen eine gewaltsame Annexion der Herzogthümer beabsichtige, legte der preußische Gesandte in der Bundestagsitzung vom 9. Juni Protest ein. Preußen sei bereit, die Frage der Herzogthümer in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, und erwarte nur den Augenblick, wo es dieselbe mit einer Bundesgewalt erlebigen könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einfluß particulärer Interessen das Gegengewicht halte und Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem Gesamtvaterlande, nicht dynastischer Begehrlichkeit zu Gute kämen. Den Bundestag, wie er jetzt bestehe, sei Preußen nicht gemeint, über seine durch internationale Verträge erworbenen Rechte entscheiden zu lassen. Am dem nämlichen 9. Juni 1866 übergab aber auch das österreichische Kabinet in Berlin eine Depesche, worin dasselbe gegen die preußische Beschuldigung, Oesterreich verlege den Gasteiner Vertrag, Protest erhob. „Wir erheben hiemit feierliche Einsprache“, hieß es in diesem Schreiben, „gegen diese Behauptungen, und wir lehnen alle und jede

Verantwortlichkeit für die ersten Folgen des Entschlusses des Berliner Hofes, den Streit nunmehr auf das Feld der Thatfachen überzutragen, ab. Wir bemerken zur Begründung unseres Protestes erstens, daß die Vereinbarungen zwischen Oesterreich und Preußen die Rechte des deutschen Bundes nicht alteriren konnten noch sollten, und daß ein Bundesmitglied, welches erklärt, die verfassungsmäßigen Beschlüsse des Bundes anerkennen zu wollen, hierdurch nicht die Rechte eines anderen Mitverbündeten beeinträchtigen könne. Wir müssen zweitens hervorheben, daß die königlich preussische Regierung ihrerseits längst die bindende Kraft jener Vereinbarungen sowohl durch Handlungen wie durch ausdrückliche Erklärungen verläugnet, daher das Recht verloren hat, sich gegenüber Oesterreich auf Verbindlichkeiten, welche sie selbst nicht gemacht hat, zu berufen. Sie hat sich über das Prinzip, daß die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage nur im Einverständniß mit Oesterreich gelöst werden solle, schon damals hinweggesetzt, als sie, nicht auf Grund einer Vereinbarung mit uns, sondern auf Gutachten der preussischen Kronjuristen, die Souveränitätsfrage in Schleswig-Holstein für gelöst erklärte und Strafverordnungen gegen die Anhänger jeder anderen Meinung erließ. Ohne daß sie den Vorbehalt der Zustimmung Oesterreichs für nothwendig gehalten hätte, war sie später bereit, die streitige Frage bald einem deutschen Parlament, bald einem europäischen Congreß zu überweisen. Wie kann sie darüber klagen, wenn Oesterreich, in Ermangelung eines Einverständnisses, sich entschleße, dem gesetzlichen Organe des deutschen Bundes alles Weitere anheimzustellen?"

Das preussische Kabinet rückte seinem Ziele Tag für Tag näher. Schon in der zweiten Hälfte des Mai 1866 hatte dasselbe der Bundesversammlung Vorschläge zur Reform des Bundes gemacht, welche auf Herstellung einer Nationalvertretung, Regulirung der deutschen Auswanderung, Einführung gleicher Münzen, Maße und Gewichte und gleicher Gesetzbücher u. gingen: nun erfolgte am 10. Juni 1866 ein vollständiger Reformvorschlag, welcher nicht der Bundesversammlung, sondern den deutschen Regierungen direct mitgetheilt wurde. Der erste Artikel dieses Entwurfs lautete: „Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landestheile.“ Weiter verlangte der Entwurf, daß die deutsche Landmacht in eine Nord- und Südmee getheilt werde und über erstere Preußen, über die zweite Bayern den Oberbefehl erhalte, ferner daß eine nach dem Reichswahlgesetz von 1849 direct gewählte Nationalvertretung mit den Regierungen die neue Bundesverfassung vereinbare. Oesterreich mußte aus diesem neuen Vor-



schlag erkennen, daß es dem Kriege unter keinen Umständen mehr ausweichen könne. Es hatte in der eben citirte Depesche an das preußische Kabinet vom 9. Juni 1866 die Bemerkung einfließen lassen, daß es die Entscheidung über die Elbherzogthümer nur „in Ermanglung eines Einverständnisses mit Preußen“ wieder dem Bundestag anheimgegeben habe, woraus man folgern konnte, daß es sofort auch wieder bereit sei, die Sache mit Preußen allein abzumachen, d. h. dem König von Preußen die Herzogthümer zu überlassen, wenn Preußen für diese Vergrößerung, wie es Oesterreich schon früher angedeutet hatte, dem Kaiserstaat ein Aequivalent aus deutschem Gebiet verschaffe. Nun aber zeigte es sich, daß das wiener Kabinet Preußen auch selbst durch ein Ueberlassen der Herzogthümer ohne Aequivalent nicht zufrieden stellen könne; Preußen beabsichtigte und verlangte jetzt ganz offen die Ausscheidung Oesterreichs aus dem deutschen Bunde, und dieses Zugeständniß wollte Oesterreich nicht machen. Damit war die Frage des Krieges entschieden. Am 11. Juni 1866 machte der österreichische Gesandte der Bundesversammlung die Anzeige, daß trotz der Protestation des österreichischen Statthalters die Preußen in Holstein eingerückt seien; dieser Schritt sei ein Bruch des wiener Friedens und des gasteiner Provisoriums, aber zugleich auch ein Act der Selbsthülfe, welchem die Bundesversammlung nach Art. 19 der Wiener Schlußacte mit allen Mitteln Gehalt thun müsse, weshalb er hiermit den Antrag auf schnelle Mobilmachung der ganzen Bundesarmee, mit Ausnahme des preußischen Contingents, stelle. Gegen diesen Antrag des österreichischen Kabinetts richtete Preußen am 12. Juni 1866 eine Depesche an die deutschen Höfe. Dieselbe erklärte, der österreichische Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres sei ohne bundesrechtliche Grundlage; durch Annahme desselben löseten die deutschen Bundesstaaten das Bundesverhältniß und träten ihren bundeslosen Zustand mit einem Act der Feindseligkeit gegen Preußen an; sie schlossen dadurch eine militärische Solidarität mit Oesterreich, das, so wie es der Unterstützung der Bundesstaaten sicher sei, an Preußen den Krieg erklären werde. Preußen müsse die Annahme des österreichischen Antrags von Seite der Bundesstaaten einer Kriegserklärung gleich achten und werde sich bei dem sodann ausbrechenden Kriege nur durch sein eigenes Interesse und durch jenes derjenigen deutschen Staaten leiten lassen, die auf seine Seite träten. Die Abstimmung über den österreichischen Antrag sollte am 14. Juni stattfinden. Noch bevor dieselbe erfolgte, rief die österreichische Regierung ihren Gesandten Grafen Karolyi (12. Juni) aus Berlin ab; dem preußischen Gesandten in Wien, Baron Werther, wurden dort die Pässe zurückgehalten, bis die preußische Regierung den holsteinischen Regierungsrath Lasser, welcher auf Befehl des Kaisers



die holsteinische Ständeversammlung hatte eröffnen sollen, frei gegeben hätte, was auch sofort geschah. Die österreichischen Truppen in Holstein, welche der preussischen Uebermacht nicht gewachsen waren, zogen am 12. Juni in das Hannöversche ab; ihr Commandant General v. Gablenz erklärte in einer Proclamation, worin er den Holsteinern für das geschenkte Vertrauen dankte, er weiche der großen Uebermacht und verlasse das Land, um seine Truppen nicht nutzlos zu opfern.

Am 14. Juni 1866 kam der vom österreichischen Gesandten gestellte Antrag auf Mobilmachung des gesammten Bundesheeres mit Ausnahme des preussischen, in der Bundesversammlung zur Verhandlung und Abstimmung. Der Antrag wurde von der Versammlung dahin modificirt, daß nur die Armeen der Mittel- und Kleinstaaten, also das 7. 8. 9. und 10. Bunderarmeecorps mobil gemacht werden sollten, nicht aber die österreichische (1. 2. 3.) und auch nicht die preussische Armee (4. 5. 6. Bundesarmeecorps). Auf diese Weise suchten sich die Mittel- und Kleinstaaten als vermittelnde Gesamtmacht zwischen die streitenden beiden deutschen Großmächte zu stellen, was freilich nur gelingen konnte, wenn die Großmächte ihre Armeen nicht gleichfalls mobil machten. Der in solcher Weise modificirte Antrag wurde mit zweifelhafter Stimmenmehrheit, nach der Erklärung des Präsidenten mit 9 gegen 6 Stimmen, angenommen. \*) Dafür stimmten Oesterreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau, die sechzehnte Curie. Dagegen stimmten Preußen, die zwölfte Curie, die fünfzehnte Curie (Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg), die vierzehnte Curie (Mecklenburg-Schwerin und Strelitz), Luxemburg-Limburg und die siebenzehnte Curie (freie Städte). Baden wünschte, daß der Bund vorerst noch eine Vermittlung versuche, und enthielt sich der Abstimmung; die Stimme von Holstein-Lauenburg wurde von Oesterreich in Anspruch genommen. Der preussische Bundestagsgesandte v. Savigny protestirte schon beim Beginn der Sitzung gegen den ganzen Vorgang. „Der königliche Gesandte“, sagte er, „muß gegen

---

\*) Diese 9 Stimmen kamen nämlich nur heraus, wenn man Nassau mitzählte, dessen Stimme aber, da es mit Braunschweig die dreizehnte Curie bildete, durch die Gegenstimme Braunschweigs neutralisirt wurde, oder wenn man, diese Neutralisirung anerkennend, die holsteinische Stimme als durch Oesterreich vertreten gelten lassen wollte. Außerdem wären es nur 8 Stimmen gegen 6 gewesen. Nun hatten sich aber von den sieben Stimmen der 16. Curie (Lichtenstein, beide Reuß, Lippe-Deimold, Lippe-Schaumburg, Waldeck, Homburg) schon in der Sitzung Lippe-Deimold, Reuß jüngere Linie und Waldeck gegen den Antrag erklärt, und dieselbe Erklärung gab nachträglich auch Lippe-Schaumburg; so daß also die Stimmenmehrheit auch der 16. Curie gegen den Antrag war. Somit stand das Stimmverhältniß eigentlich 7 zu 7.

jede geschäftliche Behandlung des Antrages als formell und materiell bundesrechtswidrig stimmen und zugleich ausdrücklich protestiren. Nach der Abstimmung gab er folgende Erklärung ab: „Ich sehe mich jetzt veranlaßt, der Bundesversammlung die Entschlüsse des preußischen Cabinets bekannt zu machen. Die Einbringung des österreichischen Antrags steht zweifellos mit der Bundesverfassung in offenbarem Widerspruch und mußte von Preußen als Bundesbruch angesehen werden. Das Bundesrecht kennt nur Bundesexecution; durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesmitglied steht Preußen den Bundesbruch als vollzogen an. Ich erkläre im Namen und auf Befehl meines Königs, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen, daher nicht mehr für verbindlich ansieht, und denselben fortan als erloschen betrachten und behandeln wird. Damit erklärt jedoch der König von Preußen nicht auch zugleich die Grundlagen des Bundes für zerstört; er hält vielmehr an diesen Grundlagen und der erhabenen Einheit der deutschen Nation fest, für welche einen angemessenen Ausdruck zu finden, den deutschen Staaten die Pflicht gebietet. Deßhalb legt er hier zugleich die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung vor\*), auf welche er mit allen dazu geneigten deutschen Regierungen einen neuen Bund zu schließen bereit ist. Mit dieser Erklärung ist die Thätigkeit des preußischen Gesandten am bisherigen Bunde beendigt.“ Der österreichische Bundesgesandte v. Rübeck erwiderte hierauf, er protestire im Namen des Bundes gegen den Austritt Preußens, der weder factisch begründet noch rechtlich zulässig sei; der Bund sei nach Artikel 1 der Bundesacte und Artikel 5 der Schlußacte unauflöslich, und der gegenwärtige Beschluß der Mehrheit auf Mobilmachung sei kompetenzmäßig\*\*).

Nachdem die preußische Regierung hiermit allen deutschen Staaten erklärt hatte, daß sie die vom Bund beschlossene Mobilmachung als Bundesbruch und Kriegserklärung gegen Preußen auffasse, daher keine Bundesverpflichtungen gegen die übrigen deutschen Regierungen mehr

---

\*) Den bereits oben erwähnten Entwurf vom 10. Juni 1866, welcher den Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Bund verlangte.

\*\*) Zur Erklärung des Verhaltens Preußens gegen einzelne kleinere Bundesstaaten in dem jetzt ausbrechenden Kriege mag hier noch bemerkt werden, daß von der zwölften Curie (Weimar, Coburg-Gotha, Meiningen, Altenburg) allein Meinungen für den österreichischen Antrag, ebenso von der siebenzehnten Curie (Rübeck, Hamburg, Bremen, Frankfurt) allein Frankfurt für denselben stimmte. Aus der sechzehnten Curie (Liechtenstein, Neuß ältere, Neuß jüngere Linie, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg, Waldeck und Homburg) waren Liechtenstein, Neuß ältere Linie und Homburg für den österreichischen Antrag.



anerkenne, richtete sie Tags darauf (15. Juni 1866) an die norddeutschen Höfe von Sachsen, Hannover und Kurhessen die Aufforderung, der von Preußen vorgeschlagenen Berufung eines deutschen Parlaments ihre Zustimmung zu geben, ihre Heere auf den Friedensfuß zu setzen und sich gegen Preußen bei dem bevorstehenden Kriege mit Oesterreich neutral zu verhalten. Gingen die genannten Höfe auf diese Bedingungen ein, so sei der König von Preußen bereit, ihnen ihre Souveränität zu garantiren, soweit dieselbe nicht etwa von dem künftigen deutschen Parlament beschränkt würde. Die preußischen Gesandten in Dresden, Hannover und Kassel mußten diese Sommatation persönlich übergeben und erklären, daß die Antwort noch an dem nämlichen Tage zu erfolgen habe; werde dieselbe über diesen Termin hinaus verzögert oder laute sie verneinend, so betrachte sich Preußen als im Kriegszustand mit genannten Staaten befindlich. Alle drei Fürsten lehnten die preußischen Forderungen ab. Dagegen beschloßen die Stände von Kurhessen, gleichfalls an diesem 15. Juni, ihre Regierung aufzufordern, dem Bundesbeschlusse auf Mobilmachung keine Folge zu geben, und verwahrten sich vor jeder Geldbewilligung zu einem Kriege, der gegen die Interessen des Landes sein würde. Am folgenden Tage (16. Juni 1866) erging vom preußischen Ministerium eine ähnliche Aufforderung an Braunschweig; von letzterem wurde verlangt, daß es sein Heer auf den Kriegsfuß setze und mit dem preußischen vereinige. Der Herzog erklärte, er billige die preußischen Grundzüge zu einer neuen deutschen Verfassung, wolle sich auch nicht auf die Seite der Gegner Preußens stellen, wünsche aber sein Heer auf dem Friedensfuße zu belassen und neutral zu bleiben. Bei dieser Erklärung gab sich Preußen zufrieden. Der bedrohte König von Sachsen beeilte sich, die preußische Sommatation dem deutschen Bunde vorzulegen und Bundeshülfe zu verlangen. Der österreichische Gesandte gab hierauf in der nämlichen Bundestags-sitzung (16. Juni) die Versicherung, daß sein Kaiser den bundestreuen Regierungen ihren Besitzstand garantire und mit seiner vollen Macht der gegen seine Bundesgenossen geübten Gewalt entgetreten werde. Allein eigenthümlicher Weise wurde für den Schutz des Königreichs Sachsen weder von Oesterreich noch von den Bundesstaaten irgend Etwas unternommen; das Land blieb vorläufig völlig preisgegeben; die sächsische Armee, 29,000 Mann stark unter dem Befehl des Kronprinzen Albert, zog sich nach Böhmen, um sich dort mit der österreichischen zu vereinigen, auch der Hof ging nach Prag, und die sächsische Schatzkammer und die werthvollsten Gemälde der dresdener Gallerie wurden nach München in Verwahrung gebracht. Wie man später vernahm, hatte Bayern, das schon am 14. Juni seine besondere Militärconvention mit Oesterreich geschlossen (die jedoch erst am 30. Juni ratificirt wurde), den Plan

befürwortet, daß man vor Allem das Königreich Sachsen vor einer preußischen Invasion schützen müsse; allein die österreichischen Interessen verlangten nach der Meinung der dortigen Kriegsansautoritäten ein Aufgeben Sachsens und ein Zurückziehen nach Böhmen, um dort den entscheidenden Schlag zu führen. Man hörte auch, der König von Sachsen selbst habe nicht gewünscht, daß sein Land zum Kriegsschauplatz gemacht werde, und eine vorläufige preußische Occupation desselben immer noch für besser gehalten. Es war eben wieder die alte preußenfeindliche Politik des sächsischen Hofes, welche glaubte, sie müsse beständig mit Oesterreich gehen, um sich vor den preußischen Vergrößerungsplänen zu sichern, was das Königreich Sachsen in diese mißliche Lage brachte.

Am dem nämlichen 16. Juni 1866, dem Tage, an welchem die Preußen in Sachsen, Hannover und Kurhessen einrückten, veröffentlichte der preußische Staatsanzeiger ein Manifest der preußischen Regierung an Deutschland, welches die preußischen Truppen in den zu besetzenden Ländern verbreiten sollten. Dasselbe sagte: „Nachdem der deutsche Bund ein halbes Jahrhundert lang nicht die Einheit, sondern die Zerrissenheit Deutschlands dargestellt und gefördert, dadurch längst das Vertrauen der Nation verloren hatte und dem Ausland als die Bürgschaft deutscher Schwäche und Ohnmacht galt, hat er in den letzten Tagen dazu gemißbraucht werden sollen, Deutschland gegen ein Bundesglied in die Waffen zu rufen, welches durch den Vorschlag der Berufung eines deutschen Parlaments den ersten und entscheidenden Schritt zur Befriedigung der nationalen Forderungen gethan hatte. Für den von Oesterreich erstrebten Krieg gegen Preußen fehlte jeder Anhalt in der Bundesverfassung, wie jeder Grund oder auch nur scheinbare Vorwand. Mit dem Beschlusse vom 14. Juni, durch welchen die Mehrheit der Bundesglieder beschloß, sich zum Kriege gegen Preußen zu rüsten, ist der Bundesbruch vollzogen und das alte Bundesverhältniß zerrissen. Nur die Grundlage des Bundes, die lebendige Einheit der deutschen Nation, ist geblieben, und es ist die Pflicht der Regierungen und des Volkes, für diese Einheit einen neuen, lebenskräftigen Ausdruck zu finden. Für Preußen verbindet sich damit die Pflicht zur Vertheidigung seiner durch jenen Beschluß und durch die Rüstungen seiner Gegner bedrohten Unabhängigkeit. Indem das preußische Volk zur Erfüllung dieser Pflicht seine Gesamtkraft anbietet, bekundet es zugleich den Entschluß, für die im Interesse Einzelner bisher gewaltsam gehemmte nationale Entwicklung Deutschlands den Kampf aufzunehmen.“

... „Preußen hat den deutschen Regierungen ein neues Bündniß auf den Bedingungen des gegenseitigen Schutzes und der Theilnahme an den nationalen Bestrebungen angeboten. Es verlangte Nichts, als die Sicherung des Friedens und zu diesem Behufe die sofortige Berufung



des Parlaments. Seine Hoffnung auf Erfüllung dieses gerechten und mäßigen Verlangens ist getäuscht worden. Das Anerbieten Preußens ist abgelehnt und letzteres damit genöthigt worden, nach der Pflicht der Selbsterhaltung zu verfahren. Feinde oder zweifelhafte Freunde kann Preußen an seiner Grenze und zwischen seinen Grenzen in einem solchen Augenblick nicht dulden. Indem die preussischen Truppen die Grenze überschreiten, kommen sie nicht als Feinde der Bevölkerung, deren Unabhängigkeit Preußen achtet\*) und mit deren Vertretern es in der deutschen Nationalversammlung gemeinsam die künftigen Geschicke des deutschen Vaterlandes zu berathen hofft. Möge das deutsche Volk im Hinblick auf dieses hohe Ziel Preußen mit Vertrauen entgegenkommen und die friedliche Entwicklung des gemeinsamen Vaterlandes fördern und sichern helfen!"

Auch der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich erließ (17. Juni 1866) ein Manifest, worin er seinen Völkern darlegte, daß er keine Schuld an dem bevorstehenden Kriege trage. Ohne daß Oesterreich die geringste Veranlassung zum Kriege gegeben, hätten sich an den südlichen und nördlichen Grenzen des Reiches zwei feindliche Armeen verbündet, Oesterreich in seinem europäischen Machtbestand zu erschüttern. Der Kaiser habe die Erhaltung des Friedens immer als eine seiner ersten Regentenpflichten angesehen; er habe bei dem Zuge nach Schleswig-Holstein keine Eroberung gesucht; er trage keine Schuld an der trüben Reihe unseliger Verwickelungen, welche bei gleicher uneigennütziger Absicht Preußens nie hätte entstehen können und von Preußen auch nur zur Verwirklichung selbstsüchtiger Zwecke hervorgerufen und deshalb für Oesterreich unlösbar geworden seien. Die neuesten Ereignisse bewiesen es unwiderleglich, daß Preußen nun offen Gewalt an die Stelle des Rechtes setze. In dem Rechte und der Ehre Oesterreichs, in dem Rechte und der Ehre der gesammten deutschen Nation erblicke Preußen nicht länger eine Schranke für seinen verhängnißvoll gesteigerten Ehrgeiz. Preussische Truppen seien in Holstein eingerückt und hätten die von dem kaiserlichen Statthalter einberufene Ständerversammlung gewaltsam gesprengt; die Regierungsgewalt in Holstein, welche der wiener Friedensvertrag gemeinschaftlich auf Oesterreich und Preußen übertragen, habe Preußen ausschließlich für sich in Anspruch genommen und die österreichische Besatzung genöthigt, zehnfacher Uebermacht zu weichen. Als der deutsche Bund, vertragswidrige Eigenmacht hierin erkennend, auf Antrag Oesterreichs die Mobilmachung der Bundestruppen beschloß, da habe Preußen, das sich so gern als Träger deutscher Interessen rüh-

\*) Aus diesem Passus geht hervor, daß das preussische Kabinet den Gedanken einer völligen Annexion Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts beim Beginn des Krieges noch nicht hatte.

men lasse, den eingeschlagenen verderblichen Weg vollendet. Das Nationalband der Deutschen zerreißend, habe es seinen Austritt aus dem Bunde erklärt, von den deutschen Regierungen die Annahme eines sogenannten Reformplanes verlangt, und sei mit militärischer Gewalt gegen die bundestreuen Souveräne vorgeschritten. So sei der unheilvollste, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, unvermeidlich geworden. „Zur Verantwortung alles des Unglückes“, fuhr der Kaiser fort, „das dieser Krieg über Einzelne, Familien, Gegenden und Länder bringen wird, rufe ich Diejenigen, welche ihn herbeigeführt haben, vor den Richterstuhl der Geschichte und des allgerechten Gottes! . . . Wir werden in diesem Kampfe nicht allein stehen. Deutschlands Fürsten und Völker kennen die Gefahr, die ihrer Freiheit und Unabhängigkeit droht. Wie wir für die heiligsten Güter, welche Völker zu verteidigen haben, in Waffen stehen, so auch unsere deutschen Bundesbrüder. Man hat uns die Waffen in die Hand gezwungen. Wohlan, jetzt, wo wir sie ergreifen, dürfen und wollen wir sie nicht früher niederlegen, als bis meinem Reich, so wie den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung gesichert und deren Machtstellung in Europa neuerdings befestigt ist.“ — Die österreichischen Gesandten im Ausland erhielten Befehl, dieses Manifest den fremden Höfen mitzutheilen. Der österreichische Minister des Aeußern Graf Mensdorff sagte in dem Schreiben, womit er diesen Befehl begleitete: „Die letzten Gewaltacte, welche Preußen in Deutschland begangen hat, der bewaffnete Einfall in die friedlichen Staaten, die nichts Anderes verschuldet haben, als daß sie den Bestimmungen des Bundesvertrags treu geblieben sind, gestatten dem Kaiser nicht, weiter in seiner Langmuth zu verharren und unthätiger Zuschauer einer so flagranten Verletzung der Rechte der Verbündeten zu bleiben.“

Die Souveräne von Sachsen, Hannover und Kurhessen hatten nicht erwartet, daß die preußischen Truppen, welche sich an ihren Grenzen gesammelt hatten, so plötzlich diese Grenzen auch wirklich überschreiten würden. Kaum aber hatte das preußische Kabinet auf telegraphischem Wege am 15. Juni 1866 die Nachricht erhalten, daß die drei Höfe die Forderungen der Commation abgelehnt hätten, so erhielten auch die betreffenden preußischen Generale den telegraphischen Befehl, mit ihren Truppen in das jetzt feindliche Gebiet sofort einzurücken; am 16. Juni bereits fand dieser Einmarsch statt. Der preußische General Herwarth von Bittenfeld, Commandant der für die Occupation Sachsens bestimmten Truppen, verbreitete in Sachsen eine Proclamation, worin er sagte: „Sachsen! Ich rücke in euer Land ein, nicht aber als Feind; denn ich weiß, daß eure Sympathien nicht zusammenfallen mit den Bestrebungen eurer Regierung. Sie ist es gewesen, die nicht eher geruht hat, als bis aus dem Bündniß von Oesterreich und Preußen



die Feindschaft beider entstanden; sie allein ist die Veranlassung, daß euer schönes Land zunächst der Schauplatz des Krieges werden wird. Aber meine Truppen werden euch in demselben Maße als Freunde, gleichwie Einwohner unseres eigenen Landes behandeln, als ihr uns entgegenkommen und bereit sein werdet, die nicht zu vermeidenden Lasten des Krieges willig zu tragen. In eurer Hand also wird es liegen, die Leiden des Krieges zu mildern und die Bestrebungen zu vereiteln, die so gern ein Gefühl von Feindseligkeit den verwandten Volksstämmen einimpfen möchten." Der preußische General Vogel von Falckenstein, welcher die in Hannover eingerückten Truppen commandirte, sagte in seiner Proclamation an die Hannoveraner, die Preußen müßten Hannover besetzen, um keine Feinde im Rücken zu haben, da der König von Hannover sich geweigert habe, die schwebenden Fragen mit Preußen in friedlicher Weise zu ordnen; die Preußen seien nicht als Feinde der braven Hannoveraner gekommen und würden das Privateigenthum überall respectiren. Sehr energisch sprach der General v. Beyer, welcher Kurhessen besetzte, die Bewohner dieses Landes an. „Hessische Brüder!“ sagte seine Proclamation, „auf Befehl meines Königs und Herrn bin ich mit einem preußischen Corps heute in eure Lande eingerückt, nachdem eure Regierung in beklagenswerther Verblendung es verschmäht hat, in friedlichem Bunde mit Preußen für unser gemeinsames deutsches Vaterland eine Organisation zu schaffen, welche den gerechten Forderungen des deutschen Volkes entspricht. Kaum hat ein anderer deutscher Volksstamm so schwer unter der Zersahrenheit unserer deutschen Zustände zu leiden gehabt, wie ihr! Wir wissen, daß ihr euch deshalb nach glücklicheren Tagen seht, und kommen zu euch nicht als Feinde und Eroberer, sondern um euch die deutsche Bruderhand zu reichen. Nehmt sie an und folgt nicht länger der Stimme Derer, die euch mit uns verfeinden möchten, weil sie kein Herz für euer Wohl und Deutschlands Ehre haben! . . . Hessische Brüder! Preußens Volk, geschaart um Preußens König, setzt seine höchsten Güter ein für deutsches Recht und Deutschlands Macht. Auf! zeigt auch ihr, daß echtes deutsches Blut in euren Adern rollt!“

Auf die Nachricht von dem Einrücken der Preußen in Sachsen, Hannover und Kurhessen brachen Bayern und Württemberg am 17. Juni 1866 die diplomatische Verbindung mit Preußen ab; das Archiv der Bundesversammlung wurde an gleichem Tage von Frankfurt in die Bundesfestung Ulm in Sicherheit gebracht. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen blieb trotz des Herannahens der Preußen in seinem Lande; er suchte am 18. Juni die Hülfe des Bundes nach, die ihm wohl auch mit Stimmenmehrheit zugesagt wurde, aber für den drängenden Augenblick der Gefahr nicht wirklich geleistet werden konnte.

Seine ungefähr 4000 Mann starke Armee ging zurück, um sich mit dem achten Bundesarmeecorps, das sich am linken Mainufer aufstellte, zu vereinigen. Man war um diese Zeit in Süddeutschland noch allgemein des guten Glaubens, daß es der vereinigten Macht Oesterreichs und der Mittelstaaten leicht sein werde, über die Preußen Herr zu werden. Aber die Mobilmachung der süddeutschen Contingente ging nur langsam von Statten. Das achte Bundesarmeecorps (Württemberg, Badener, Hessen und Nassauer) sammelte sich unter dem Oberbefehl des Prinzen Alexander von Hessen, Generals in österreichischen Diensten, im Ganzen ungefähr 47,000 Mann stark, bei Frankfurt, um zunächst diese Stadt zu schützen. Der Kurfürst von Hessen blieb vorläufig seinem Schicksal überlassen. Am 21. Juni machte der General v. Beyer bekannt, daß die Autorität des Kurfürsten suspendirt und seine Minister ihrer Verantwortlichkeit enthoben seien; am 22. Juni besetzten die Preußen Kassel und setzten den Kurfürsten zu Wilhelmshöhe in Kriegsgefangenschaft. Als er sich auch hier weigerte, die preußischen Bedingungen anzunehmen, namentlich sein Truppcorps von der Bundesarmee abzurufen, wurde er am 26. Juni 1866 als Gefangener nach Stettin abgeführt. Zum Abschied richtete der ganz und gar nicht beliebte Fürst einen Scheidegruß an die Kurhessen, worin er sie zu standhafter Treue ermahnte. „Möge der Allmächtige“, sagte er in dieser Proclamation, „mein Volk in seinen väterlichen Schutz nehmen und die gegenwärtig über dasselbe, über mich und mein Haus verhängte Trübsal mir und meinem Volke zur Läuterung und zum Frieden dienen lassen.“ Sein Schicksal fand unter den Hessen wenig Theilnahme; man war seines Regiments schon längst müde. Der König Johann von Sachsen hatte sogleich nach Ablehnung der preußischen Commation, am 16. Juni 1866, mit seiner Armee, die aus 29,150 Mann mit 46 Geschützen bestand, sein Land verlassen und sich nach Böhmen gezogen, um sein Heer dort mit dem österreichischen zu vereinigen; die Königin nahm vorläufig ihren Aufenthalt in Prag; später schlug der König mit der Königin seinen Wohnsitz in Schönbrunn bei Wien auf; der Kronprinz blieb als Befehlshaber bei der Armee. Schon am 22. Juni besetzten die Preußen Leipzig und Dresden; letztere Stadt begannen sie in den ersten Tagen des Juli zu besetzen. Von da an blieb das Land bis zum Abschluß des Friedens (20. Okt. 1866) von den Preußen occupirt. Der König Georg V. von Hannover begab sich am 16. Juni mit dem Kronprinzen nach Göttingen, um dort sein Heer um sich zu sammeln; die Königin blieb in Hannover zurück. Schon am 17. Juni rückten die Preußen in seine Hauptstadt ein. Nachdem sich in den nächsten Tagen die einzelnen hannoverschen Truppentheile in einer Stärke von ungefähr 19,000 Mann in der Nähe von Göttingen gesammelt hatten,



trat die Armee (der König mit einem schwerfälligen Zuge von Hofwagen in ihrer Mitte) den Marsch in südöstlicher Richtung gegen Eisenach an, um dort die nördliche bayerische Grenze zu erreichen, wo die bayerische Armee (bei Schweinfurt) in einer Stärke von ungefähr 32,000 Mann mit 136 Geschützen\*) unter dem Commando des bayerischen Feldmarschalls Prinzen Karl von Bayern Stellung genommen hatte. Der Kriegsplan der Allirten, wie er von Oesterreich vorgezeichnet war, ging dahin, daß die österreichische Hauptarmee in Verbindung mit den Sachsen die preußische Hauptarmee innerhalb Böhmens nahe an der Nordgrenze erwarte, dieselbe dort schlage und sodann gegen Berlin vordringe. Die Bundestruppen (das siebente Bundesarmeecorps, Bayern, und das achte, Württemberger, Badener, Hessen, Nassauer, in Verbindung mit einem österreichischen Corps) unter dem Oberbefehl des Prinzen Karl von Bayern, hatten die Aufgabe, möglichst weit westwärts vom österreichischen Kriegsschauplatz, am Main, Stellung zu nehmen, theils zur Vertheidigung der eigenen Grenzen, theils um ein größeres preußisches Armeecorps in weiter Entfernung von dem gegen Oesterreich gerichteten preußischen Hauptheer zu beschäftigen; so daß es beiden preußischen Heerabtheilungen unmöglich würde, sich gegenseitig zu unterstützen. Auch über diese Bundesarmee hatte der österreichische Oberfeldherr v. Benedek den Oberbefehl, den er freilich aus seiner weiten Entfernung im böhmischen Hauptquartier soviel als gar nicht in Ausübung bringen konnte; unter ihm commandirte Prinz Karl von Bayern die Bundestruppen und unter diesem wieder das achte Bundesarmeecorps speciell der Prinz Alexander von Hessen. Der bayerische Feldmarschall war gegen diesen Kriegsplan, der das Bundesheer von dem österreichischen Hauptheer völlig trennte, dasselbe in eine ganz isolirte Lage versetzte und nach einem etwaigen Siege der Preußen in Oesterreich der preußischen Uebermacht preisgab. Von bayerischer Seite war der Vorschlag gemacht worden, daß die Bundesarmee sich mit der österreichischen Hauptarmee vereinige, daß man zunächst Sachsen schätze und sodann gemeinsam gegen Berlin vordringe, ohne den Einmarsch der Preußen in Böhmen abzuwarten; allein das österreichische Cabinet hielt den Plan seines Oberfeldherrn aufrecht. Es ist unter diesen Verhältnissen nicht zu wundern, daß Bayern, dem von Preußen in seiner neuen Bundesorganisation die militärische Führung in Süddeutschland zugebach war, keinen besonderen Eifer für die Sache Oesterreichs entwickelte. Der Chef des bayerischen General-

\*) Bayern erhöhte in den nächsten Wochen seinen Truppenstand. Auf ihrem höchsten Stand zählte die bayerische im Felde stehende Armee 46,000 Mann Infanterie, 5800 Mann Cavalerie und 184 Geschütze.

stabes, General von der Tann, war wegen militärischer Verabredungen in das österreichische Hauptquartier gesandt worden und soll von hier die Ansicht mitzurückgebracht haben, daß die Stellung und der Geist der österreichischen Armee, die überhaupt die angegebene Stärke bei weitem nicht habe, wenig Aussicht auf eine Besiegung Preußens gebe. Bayern suchte sich in seinem Gebietsbestande noch durch eine besondere Militärconvention zu schützen. Das bayerische Cabinet hatte ohne gewichtige Veranlassung den Krieg zu Gunsten Oesterreichs unternommen, und es war daher wohl auch nothwendig, daß es sich wenigstens vor Gebietsverlusten, bei seiner Verantwortlichkeit im Falle eines unglücklichen Ausganges, sicher stellte. Für eine Aufrechterhaltung der „Bundesstreue“ einzutreten, hatten Bayern und die Mittelstaaten überhaupt gegen Oesterreich, das durch seine Verbindung mit Preußen in der schleswig-holsteinischen Sache diese Treue selbst längst gebrochen hatte und jetzt nur des Beistandes gegen Preußen wegen zum Bund zurückgekehrt war, ganz und gar keine Veranlassung. Ueber seine Militärconvention, die schon am 14. Juni 1866 zu Olmütz entworfen worden war, verhandelte Bayern mit Oesterreich bis zum 30. Juni; erst an diesem Tage wurde sie von Oesterreich unterzeichnet, und bis dahin also blieb die bayerische Armee in einer gewissen Neutralität. Es handelte sich um den Artikel 6 dieser Convention, welcher lautete: „Da die militärischen Operationen auf Grund des Bundesrechts stattfinden, wird auch der Friedensschluß in bundesmäßiger Weise erfolgen, und die k. k. österreichische Regierung verpflichtet sich insbesondere, keine einseitigen Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen, vielmehr solche Verhandlungen nur unter Theilnahme eines Bevollmächtigten der kgl. bayerischen Regierung einzuleiten und im Einverständnisse mit dieser abzuschließen.“ Der Artikel 7 sagte: „Für den Fall, daß die nicht vorherzusehenden Wechselfälle des Krieges es unvermeidlich machen sollten, daß bei dem Friedensschlusse Territorialveränderungen in Frage kämen, verpflichtet sich die k. k. österreichische Regierung, aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Bayern vor Verlusten bewahrt werde, jedenfalls aber mit solchen nur in gleichem Verhältnisse zu allen verbündeten Staaten belastet und für etwaige Abtretungen demgemäß entschädigt werde.“ In diesem letzten Artikel sprach sich bereits die geringe Zuversicht aus, welche Bayern auf die Siege der österreichischen Waffen setzte. Nach der Niederlage bei Königgrätz dachte das österreichische Cabinet nicht mehr an diese Verbindlichkeiten; es sorgte nur für sich und noch einiger Massen für Sachsen. Nach Niederlagen geben die Sieger die Gesetze, und der Besiegte ist auch in seinem Unglücke nicht wohl mehr im Stande, die eingegangenen Rechte Dritter gegen den Willen des Siegers aufrecht zu erhalten. Oesterreich schloß keinen bundesmäßigen



Frieden mit Zuziehung Bayerns, wie es in der Convention versprochen hatte; es begann die Verhandlungen für sich allein und schloß sie ab, ohne irgend einen seiner Bundesgenossen zu fragen. Bayern blieb auch vor Abtretungen nicht geschützt und erhielt von Oesterreich dafür so wenig Ersatz, daß im Gegentheil bei den Friedensverhandlungen davon die Rede war, das österreichische Kabinet solle für das Abtreten von Oesterreichisch-Schlesien an Preußen durch bayerische Gebietstheile bis an den Inn entschädigt werden.

Vor der eigentlichen Kriegserklärung erließ der König Wilhelm von Preußen (am 18. Juni 1866) ein Manifest an das preußische Volk. Dasselbe sagte, der König habe vergeblich gehofft, daß aus dem von Oesterreich und Preußen für die Befreiung Schleswig-Holsteins gemeinsam vergossenen Blute eine Waffenbrüderschaft erblühen werde, die zu einer festen Bundesgenossenschaft und zu einem gemeinsamen Wirken für Deutschlands innere Wohlfahrt führe. „Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen, will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen — so meint es — muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Oesterreich schade. Die alte unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert; Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden deutsche Bundesfürsten nicht blos aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfschrei ist: Erniedrigung Preußens! Aber in meinem Volke lebt der Geist von 1813. Wer wird uns einen Fuß breit preußischen Bodens rauben, wenn wir ernstlich entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Väter zu wahren, wenn König und Volk, durch die Gefahren des Vaterlandes fester als je geeint, an die Ehre desselben Gut und Blut zu setzen, für ihre höchste und heiligste Aufgabe halten? In sorglicher Voraussicht Dessen, was nun eingetreten ist, habe ich seit Jahren es für die erste Pflicht meines königlichen Amtes erkennen müssen, Preußens streitbares Volk für eine starke Machtentwicklung vorzubereiten.“ . . . „Ich habe Alles gethan, um Preußen die Lasten und Opfer eines Krieges zu ersparen, das weiß mein Volk, das weiß Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblick habe ich, in Gemeinschaft mit Frankreich, England und Rußland, die Wege für eine gütliche Ausgleichung gesucht und offen gehalten. Oesterreich hat nicht gewollt, und andere deutsche Staaten haben sich offen auf seine Seite gestellt. So sei es denn! Nicht mein ist die Schuld, wenn mein Volk schwere Kämpfe kämpfen und vielleicht harte Bedrängniß wird erdulden müssen: aber es

ist uns keine Wahl mehr geblieben. Wir müssen fechten um unsere Existenz; wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen Diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Nehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschichte der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne! Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Land, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhält, und welches jetzt durch Diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und voller zu erneuern.“

Nach der Aussage der Proklamationen der beiden Parteien befand sich jede im vollkommensten Rechte. Wichtig war es, daß Oesterreich seit dem Jahr 1849 sich überall entgegengestellt hatte, wo Preußen den Versuch machte, seinen Einfluß in Deutschland zu erweitern. Das österreichische Kabinet that dies aber auch nur in der auf seinem Standpunkt wohl zu rechtfertigenden Absicht, seine bisherige oberste Stellung im deutschen Bundesgebiet, welche Preußen zum mindesten mit ihm theilen wollte, zu behaupten. Seit dem Jahr 1863, wo der Kaiser von Oesterreich ohne die Zustimmung Preußens den deutschen Fürstentag berief, war Nichts mehr geschehen, was Preußen hätte verletzen können. Die neuesten Mißhelligkeiten in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage waren augenscheinlich von Preußen veranlaßt. Das preußische Kabinet sprach die Elbherzogthümer in dem bekannten londoner Protokoll (8. Mai 1852) den Königen von Dänemark zu, verwahrte dabei jedoch die Rechte der Herzogthümer bezüglich ihrer Verfassung. Als nun nach dem Tode des Königs Friedrich VII. der neue König Christian IX. die Constitution Schlesiens aufhob und das Herzogthum dem dänischen Reiche einverleibte (1. Dez. 1863), beschloß der deutsche Bund Execution. Dem preußischen Kabinet war unter dessen der Gedanke gekommen, daß die Elbherzogthümer für Preußen eine sehr vortheilhafte Acquisition seien, und daß man die Gelegenheit des Streites über die Erbfolge benützen müsse, dieselben, wenn nicht vollständig zu annektiren, doch wenigstens dem preußischen Einflusse völlig abhängig zu machen. Es beseitigte also zunächst die Theilnahme des Bundes, der für den Prinzen Friedrich von Augustenburg eintrat, an dem Kriege, und führte denselben allein mit Hülfe Oesterreichs, um durch den Frieden mit Dänemark (30. Okt. 1864) die Herzogthümer vorläufig einmal in den gemeinsamen Besitz Oesterreichs und Preußens zu bringen. Natürlich sollte dann weiter Oesterreich, sei es in Güte,



oder im Nothfall mit Gewalt, aus dem Mitbesitz beseitigt werden. Das österreichische Kabinet ließ sich von da an auf dem eingeschlagenen Wege nicht mehr weiter mitführen; es war zwar auch seinerseits nicht abgeneigt, den deutschen Bund bei Seite zu setzen und die Herzogthümer an Preußen zu überlassen, verlangte aber für diese Vergrößerung seines Rivalen gleichfalls einen Zuwachs an deutschem Gebiet, etwa die Rückgabe Schlesiens, und dazu verstand sich Preußen nicht. Um sich mit den deutschen Mittelstaaten zu verstärken, brachte nun Oesterreich die Erbherzogthümerfrage wieder an den deutschen Bund zurück, und dieser war in seiner Ohnmacht dankbar bereit, dieselbe wieder aufzunehmen und für Oesterreich gegen Preußen Partei zu ergreifen. Nachdem es für Preußen klar geworden war, daß es ohne Krieg mit Oesterreich nicht in den Besitz von Schleswig-Holstein kommen könne, ging das preußische Kabinet sogleich noch um einen entscheidenden Schritt weiter, indem es auf eine Reform des deutschen Bundes antrug, welche Oesterreich aus Deutschland ausschließen und Preußen an die Spitze stellen sollte. Dies war der Standpunct, auf den sich das deutsche Parlament bereits im Jahr 1849 gestellt hatte. Was damals die deutsche Nation dem König Friedrich Wilhelm IV. freiwillig angeboten und dieser ausgeschlagen hatte, das sollte unter König Wilhelm, sei es auch mit Gewalt der Waffen, wieder hereingebracht werden. Es handelte sich also bei dem bevorstehenden Kriege nicht blos um einen Kampf der Häuser Hohenzollern und Habsburg, sondern zugleich um die Verwirklichung einer nationalen Idee, um die Herstellung eines mächtigen einigen Deutschlands, welche bei dem Vorhandensein zweier deutscher Großmächte, die sich die einheitliche Spitze beständig streitig machten, nicht zu Stande kommen konnte. Wenn der König Wilhelm von Preußen in seinem Manifest sagte: „Wir müssen fechten um unsere Existenz!“ so mochte er in so fern recht haben, als in dem Fall, daß die Preußen besiegt worden wären, das Königreich Preußen wahrscheinlich in einer Weise würde beschnitten worden sein, daß es gegen Oesterreich auf die Macht eines deutschen Mittelstaates zurückgebracht gewesen wäre. Wenn aber das Manifest weiter behauptete, die Schuld des Krieges sei nicht auf Seite Preußens, es sei vom preußischen Kabinet Alles geschehen, um den Krieg abzuwenden; so war Europa hierüber völlig anderer Meinung. Allerdings hätte Preußen den Krieg nicht begonnen, wenn man ihm Schleswig-Holstein überlassen und es an die Spitze Deutschlands gestellt hätte; aber eben durch diese Forderungen, die unter den bisherigen Verhältnissen keine Rechtsgültigkeit hatten, wurde es die eigentliche Veranlassung des Krieges, und die Völker sahen daher in der That sonderbar dazu, als vor dem Beginn des Krieges (auf den 27. Juni 1866) ein allgemeiner Buß-

und Vettag in Preußen ausgeschrieben wurde, wie wenn das Land von einer feindlichen Uebermacht auf die unrechtmäßigste Weise angefallen würde und Preußen in einer völlig gerechten Sache die Hülfe des gerechten Gottes und den Beistand der „himmlischen Heerschaaren“ anrufen könnte. Auf dem Standpunct des Christenthums, das nicht nur verbietet, dem Nächsten den Rock zu nehmen, sondern sogar befiehlt: „Wenn dir Einer den Rock nimmt, dem gib den Mantel dazu“, ließ sich das Vorgehen Preußens durchaus nicht rechtfertigen; und es mußte daher einen sehr übeln Eindruck machen, daß sich die Geistlichkeit beider Confessionen in Preußen so bereitwillig zeigte, das preußische Unternehmen als ein christliches Werk zur Rettung des Vaterlandes darzustellen, dem der göttliche Segen nicht fehlen könne. In einem anderen Lichte freilich erschien das Unternehmen Preußens auf dem deutsch-nationalen Standpuncte. Die höhere Politik hat nie ein höheres Recht anerkannt, als das der Gewalt; der Krieg war überall die höchste Instanz und gab die letzte Entscheidung. So war es, und so wird es auch wahrscheinlich bleiben. Eine veränderte Staatenbildung, wie sie das deutsche Nationalbewußtsein für Deutschland verlangt, ist niemals ohne Anwendung der Waffen zu Stande gekommen; und wenn Preußen, nachdem das deutsche Volk sich seit fünfzig Jahren vergeblich bemüht hatte, eine seiner Größe und Macht entsprechende Verfassung auf friedlichem Wege zu Stande zu bringen, für diesen Zweck zu den Waffen griff, so war dies das einzige Mittel, den nationalen Forderungen endlich Anerkennung zu verschaffen. Vom deutsch-nationalen Standpuncte aus konnte man also das Unternehmen Preußens nur billigen, wenn das preußische Cabinet überhaupt deutsch-nationale, und nicht dynastisch-particularistische, auf eine bloße Vergrößerung Preußens ausgehende Zwecke verfolgte, was die Zukunft erst deutlicher zeigen muß. Die preußische Dynastie war in der günstigen Stellung, daß ihre Bestrebungen nach Gebietserweiterung dem deutschen Nationalwunsche nach größerer Einigung des Vaterlandes zu Hülfe kamen und alle denkenden und vorurtheilsfreien Männer Deutschlands Preußen den Sieg wünschten, weil Oesterreich klerikalen Einflüssen unterlag und man sich die Frage vorlegen mußte: was würde werden, wenn Oesterreich mit seinen Bundesgenossen siegte? In diesem Falle würde in Deutschland die vollständigste klerikale Reaction Platz greifen! —

Der deutsche Bund hatte erklärt, daß diejenige Macht des Bundesbruches sich schuldig mache, deren Truppen zuerst in feindlicher Absicht die Grenzen der anderen überschritten. Bei den Vorposten, welche beiderseits längs der Grenze standen, war es nun leicht möglich, daß von der einen oder der anderen Seite ohne Absicht dieser Bestimmung zuwider gehandelt wurde. Wirklich überschritten auch zuerst am



18. Juni 1866 österreichische Vorposten die preußische Grenze bei Klingebittel, einem Grenzzort an der Straße von Troppau nach Ratibor. Natürlich wurde dieser Umstand keine Veranlassung, daß der Bund jetzt Oesterreich als angreifenden Theil behandelt und sich auf die Seite Preußens geschlagen hätte. Am 21. Juni 1866 erfolgte hierauf die preußische Kriegserklärung an Oesterreich. Sie sagte, Preußen müsse in dem Versprechen Oesterreichs, mit seiner gesammten Macht für Sachsen, Hannover und Kurhessen einzutreten, für Länder, mit welchen sich Preußen im Kriege befinde, zugleich die officielle Ankündigung des Kriegszustandes zwischen Preußen und Oesterreich erkennen, und die preußische Armee habe daher Befehl erhalten, demgemäß zu verfahren. Preußische Parlamentäre übergaben diese Erklärung in Weidenau und Oswieczim, an der Grenze von Preußisch- und Oesterreichisch-Schlesien, den österreichischen Vorposten. Fast zu gleicher Zeit (am 20. Juni) hatte auch Italien an Oesterreich den Krieg erklärt. Die kleinen norddeutschen Staaten, welche sich natürlicher Weise völlig in preußischer Gewalt befanden und daher auch schon in der Bundestagsitzung vom 14. Juni 1866 gegen die Mobilmachung des Bundesheeres gestimmt hatten, beeilten sich nun, aus dem Bunde auszutreten und sich an Preußen anzuschließen. Vom 21. bis zum 26. Juni 1866 erklärten ihren Austritt aus dem Bunde: Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Koburg-Gotha, Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt, Reuß jüngere Linie, Lippe-Detmold. Am 29. Juni 1866 notificirten Lübeck, Bremen und Hamburg, daß sie außer Stande seien, an der bisherigen Thätigkeit des Bundes theilzunehmen. Weimar folgte erst nach der Schlacht bei Königgrätz am 5. Juli 1866. Dagegen hielten Meiningen und Reuß ältere Linie hartnäckig zum Bunde. Die preußische gegen Oesterreich aufgestellte Armee hatte eine Gesamtstärke von 293,145 Mann mit 786 Geschützen, welcher die Oesterreicher in Verbindung mit 29,000 Sachsen, im Ganzen 277,000 Mann mit 702 Geschützen entgegenstellten; gegen Italien hatten die Oesterreicher noch außerdem 130,000 Mann gerichtet\*). Die Preußen waren auf den Feldzug in unerwarteter Weise vorbereitet. Sie besaßen die genaueste Ortskenntniß in Böhmen, hatten eigene Compagnien für die Herstellung von Eisenbahnen und für den Telegraphendienst, und führten in ihren Zündnadelgewehren eine überlegene Waffe. Das Hauptverdienst bezüglich der durchgängig mit günstigem Erfolg gekrönten Schlachtpläne wurde ihrem Generalstabschef

---

\*) Preußen stellte außer obiger Mannschaft noch die Mainarmee gegen die Bundesstruppen auf in einer Stärke von 69,964 Mann.

v. Moltke (geboren 1800 im Mecklenburgischen) zugeschrieben. Das ganze preussische Heer war in drei Armeen getheilt, die von verschiedenen Seiten her in Böhmen einrückten und zu ihrem Erstaunen die Gebirgspässe, welche dahin führten, von den Oesterreichern ganz unbesetzt fanden. Die erste Armee unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, 96,937 Mann stark, überschritt von Schlesien her die Grenze am 22. Juni 1866; an dem nämlichen Tage zog auch die sogenannte Elbarmee von Sachsen her, 71,086 Mann stark, unter General Herwarth von Bittenfeld, in Böhmen ein; die zweite sogenannte schlesische Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, 125,122 Mann stark, folgte am 26. Juni. Ehe es noch zu einem Zusammenstoß hier im Norden kam, waren die Italiener bei Custozza am 24. Juni von den Oesterreichern bereits entscheidend geschlagen und mochten jetzt wohl erkennen, daß der Besitz Venetiens nur durch einen entscheidenden Sieg ihres nördlichen Allirten zu erreichen sei. Der erste ernstliche Zusammenstoß zwischen Preußen und Oesterreichern fand am 26. Juni 1866 bei Turnau und Podol im nördlichen Böhmen statt. Die Avantgarde der Armee des Prinzen Friedrich Karl trieb die Oesterreicher aus beiden Orten. Am 27. Juni traf eine Abtheilung der Armee des preussischen Kronprinzen unter General v. Steinmetz mit einem österreichischen Corps unter General Ramming bei Nachod zusammen; auch hier mußten sich die Oesterreicher auf das Hauptheer zurückziehen. Am 27. Juni bestand die Avantgarde der preussischen Elbarmee unter General v. Schöler bei dem Dorfe Hünnerwasser ein siegreiches Treffen. Tags darauf (28. Juni) kam es zwischen einer Abtheilung der ersten preussischen Armee unter dem Prinzen August von Württemberg und einem österreichischen Corps unter General v. Gablenz zu einem hitzigen Treffen bei dem Städtchen Trautenau; an dem nämlichen 28. Juni wurde auch von einer Abtheilung der zweiten preussischen Armee bei dem Städtchen Skalitz den Oesterreichern ein blutiges Treffen geliefert. Die Folge dieses siegreichen Vordringens der Preußen war, daß sich am 28. Juni bei Münnchengrätz die Armee des Prinzen Friedrich Karl mit der Elbarmee vereinigte. Die erstere drang sogleich weiter nach Gitschin vor, um auch mit der dritten, vom Kronprinzen befehligten preussischen Armee die Verbindung herzustellen. Alle drei Armeen wollten sich dann zunächst der Festung Josephstadt bemächtigen, welche einen Knotenpunct der Eisenbahnen nach Dresden, Breslau, Prag und Wien bildet, und dort festen Fuß fassen. Bei Gitschin entspann sich am 29. Juni ein sehr heißer Kampf; 27,000 Oesterreicher und Sachsen suchten die Armee des Prinzen Friedrich Karl aufzuhalten; die Schlacht dauerte bis in die tiefe Nacht; endlich



zogen sich die Oesterreicher und Sachsen, die gegen 5000 Mann an Todten und Verwundeten hatten, zurück. Durch diese Schlacht war die Verbindung der drei preussischen Armeen hergestellt. Vergeblich hatte man gehofft, daß sie der österreichische Commandirende v. Benedek vor ihrer Vereinigung einzeln angreifen und schlagen würde. Seine Armee war nicht so zahlreich, wie sie ausgegeben worden war; er wollte sie nicht in drei Corps theilen, um den drei preussischen Armeecorps entgegenzurücken, sondern hielt es für vortheilhafter, den Feind in der Mitte von Böhmen in concentrirter Stellung zu erwarten. Am 30. Juni telegraphirte er nach Wien: „Das Zurückdrängen des ersten österreichischen und des sächsischen Armeecorps nöthigt mich, den Rückzug in der Richtung von Königgrätz anzutreten.“

In Berlin und in Preußen überhaupt erregte das siegreiche Vordringen der Preußen große Freude, weniger im übrigen Deutschland, wo sich die Gefühle der Bevölkerung im Großen an die deutschen Bundestruppen angeschlossen, die den Preußen feindlich gegenüber standen. Diese Truppen selbst aber wurden durch das beständige Zurückweichen ihres österreichischen Allirten wenig ermutigt; das preussische Zündnadelgewehr, dem man damals allein, freilich mit Unrecht, die preussischen Erfolge zuschrieb, ließ auch ihnen wenig Hoffnung auf Sieg. Der König Wilhelm von Preußen verkündigte am Abend des 29. Juni der Bevölkerung Berlins vom Balkon des Schlosses aus die günstigen Erfolge der preussischen Waffen und reiste am Morgen des 30. Juni selbst zur Armee ab, welcher in den nächsten Tagen eine Hauptschlacht bevorstand. Schon jetzt, nach der Schlacht bei Gitschin, schickten der Kaiser Alexander von Rußland und der König Victor Emanuel von Italien telegraphische Glückwünsche an den König. Inzwischen waren die deutschen Bundestruppen am Main noch in gar keine Action getreten. Die bayerisch-österreichische Militärconvention, welche am 14. Juni entworfen worden, wurde erst am 30. Juni in Wien unterzeichnet. Die bayerische Armee, welche in einer Stärke von beiläufig 32,000 Mann mit 136 Kanonen im Rhöngebirge stand (am 1. Juli war das bayerische Hauptquartier in Meiningen) zeigte nach dem mißlungenen Versuch, den Hannoveranern die Hand zu reichen, keine Lust, aus Thüringen nach Preußen vorzurücken; sie suchte vielmehr jetzt wieder ihre Verbindung mit dem achten Bundesarmee corps herzustellen, das ziemlich zersplittert in Oberhessen und am unteren Main stand. Nachdem die Hannoveraner am 27. Juni bei Langensalza capitulirt hatten, wurde aus den in Hannover und Kurhessen disponibel gewordenen preussischen Truppen in Verbindung mit neuen Zuzügen ein aus den Divisionen Göben, Beyer und Mantuffel bestehendes Armeecorps unter dem Commando des Generals Vogel von Falckenstein

gebildet, welches den Namen preußische Mainarmee erhielt; demselben waren auch die beiden koburg-gerthaer Bataillone und das Bataillon Lippe-Deimold in einer Stärke von 2500 Mann beigegeben; nachdem Vogel von Falckenstein am 19. Juli nach Böhmen abgerufen war und General v. Manteuffel das Obercommando übernommen hatte, wurde auch noch die oldenburgische und hanseatische Brigade damit vereinigt, so daß es eine Stärke von 69,964 Mann mit 90 Geschützen erhielt. Dem General Vogel von Falckenstein war die Aufgabe gestellt, mit dieser Armee die Verbindung der Bayern mit dem achten Bundesarmeecorps zu verhindern und sich der verschiedenen Gebietstheile auf dem rechten Mainufer vom bayerischen Unterfranken bis an die Mainmündung zu bemächtigen. Das achte deutsche Bundesarmeecorps war ungefähr 47,000 Mann stark mit 134 Geschützen; es bestand aus der württembergischen Division (15,000 Mann mit 40 Geschützen unter General v. Hardegg), der badischen Division (10,000 Mann mit 30 Geschützen unter dem Prinzen Wilhelm von Baden), der darmstädter Division (6000 Mann mit 24 Geschützen unter General v. Berglas), und einer aus Oesterreichern, Nassauern und Kurhessen bestehenden Division (16,000 Mann mit 40 Geschützen; von diesen waren 12,000 Oesterreicher unter dem Befehl des Generals v. Neipperg). Die gesammte Bundesarmee am Main war also ungefähr 91,000 Mann stark mit 286 Geschützen\*) und hatte ihr gegenüber die preußische Mainarmee in einer Stärke von 70,000 Mann mit 90 Geschützen. Wenn es der letzteren gleichwohl leicht wurde, ihr Ziel, die Eroberung des rechten Mainufers im Laufe dreier Wochen zu erreichen; so liegt die Hauptursache hievon in der lockeren Verbindung der deutschen, verschiedenen Souveränen angehörigen Bundestruppen, von denen sich jedes Corps selbstständig glaubte, und in der allgemeinen Entmuthigung, welche sich der Truppen bemächtigen mußte, als sie nach der totalen Niederlage des österreichischen Hauptheeres am 3. Juli bei Königgrätz einsahen, daß ihr Kampf gegen Preußen von jetzt an, wo er erst eigentlich begann, doch ein ganz erfolgloser sei. Ein Sieg der Bundesarmee am Main hätte nach der Niederlage der Oesterreicher an den Verhältnissen Nichts mehr geändert, vielmehr nur preußische Verstärkungen herbeigerufen und die Friedensbedingungen für die Mittelstaaten härter gemacht. Die erste Attacke zwischen Preußen und Bayern fand am 2. Juli bei Salungen statt. Eine kleine Abtheilung Bayern machte hier einen Ueberfall auf die linke Flügel-

---

\*) Mit den Verstärkungen, die sie nach und nach erhielt, wurde sie auf 74,000 Mann Infanterie und 8,400 Mann Cavalerie angeschlagen, mit Artilleristen und Trainсолдaten im Ganzen auf ungefähr 96,000 Mann.



wache der Preußen, wurde aber zurückgeschlagen. Die bayerische Armee zog sich von der thüringischen Grenze westlich, um die Verbindung mit dem achten Bundesarmee corps herzustellen; die Preußen folgten. Am 3. und 4. Juli gab es nur ein Paar unbedeutende Gefechte. Bis es zu einem größeren Zusammentreffen am 10. Juli bei Hammelburg und Kissingen kam, war unterdessen am 3. Juli die Schlacht bei Königgrätz geschlagen und beide Heere fochten unter dem Eindruck dieser Nachricht, die Preußen im Gefühle eines großen, entscheidenden Sieges der Ihrigen, die Bayern in dem Bewußtsein, daß sie sich fortan umsonst opferten.

Als sich nach der Schlacht bei Gitschin (29. Juni) die drei in Böhmen eingerückten preussischen Armeen vereinigt hatten, beschloß der österreichische Oberfeldherr v. Benedek, denselben eine Hauptschlacht zu liefern. Er sammelte seine Truppen in der Nähe von Königgrätz und nahm auf den Anhöhen bei den Dörfern Sadowa, Dohalitz und Mekrowans hinter dem Flüsschen Bistritz eine feste, mit Geschützen wohlversehene Stellung, um hier, auf einem Terrain, das er sich durch Lichtungen der Waldpartien für die freie Wirkung der Artillerie und durch Anlage von Wällen, Verhauen und Gräben zu einer Schlacht vorbereitet hatte, den Angriff der Preußen zu erwarten. Seine Schlachtlinie dehnte sich in einem halben Bogen von dem Orte Prim bis Nedelitz; auf dem linken Flügel standen die Sachsen, im Centrum das dritte und zehnte, auf dem rechten Flügel das vierte Corps. Hinter denselben waren als Reserve für den linken Flügel das achte Corps und die Cavaleriedivision Edelsheim, für das Centrum das erste und sechste Corps und die schwere Reiterei, für den rechten Flügel das zweite Corps aufgestellt. Die Angaben über die Stärke der österreichischen Armee bei Königgrätz, mit welcher das sächsische, 29,000 Mann starke Corps verbunden war, lauten verschieden. Nach einigen Nachrichten betrug dieselbe 250,000 Mann, nach anderen war die Armee durch die vorhergehenden Gefechte bereits auf 170,000 Mann zusammengegangen. Der König Wilhelm von Preußen, welcher sich bei der ersten, von dem Prinzen Friedrich Karl befehligten Armee befand, beschloß, die Oesterreicher am 3. Juli in dieser Stellung anzugreifen und ihnen eine entscheidende Schlacht zu liefern. Die erste preussische Armee, jetzt unter dem Oberbefehl des Königs, sollte das österreichische Centrum angreifen, die Elbarmee unter Herwarth von Wittenfeld den linken, die zweite preussische Armee unter dem Kronprinzen den rechten Flügel der Oesterreicher. Die gesamte von den Preußen bei Königgrätz versammelte Streitmacht wird auf 230,000 Mann angegeben. An Artillerie waren sich beide Theile so ziemlich gleich, man rechnete auf jeder Seite ungefähr 600 Kanonen.

Die erste preußische Armee zog sich das abhängige Thal des Flüsschens Bistritz hinab und eröffnete bei dem Dörfchen Sadowa morgens 8 Uhr mit einer Kanonade den Angriff auf die Oesterreicher, welche auf dem jenseitigen Ufer die Anhöhen hinauf standen und mit ihrer Artillerie lebhaft antworteten. Um 10 Uhr überschritt die preußische Infanterie die Bistritz und stürmte die Höhe hinan; die Oesterreicher, zurückgedrängt, zogen sich etwas mehr aufwärts und bildeten bei dem Dorfe Lipa eine neue Schlachtlinie. Jetzt brachten die Preußen auch ihre Artillerie über die Bistritz. Gegen 10 Uhr erschien auch der General Herwarth von Bittensfeld mit der Elbarmee auf dem linken Flügel des Feindes und kämpfte anfangs mit Vortheil. Allein die Oesterreicher hatten auf der Höhe eine sehr günstige Stellung für ihre Artillerie und schossen gegen die Preußen mit Ueberlegenheit. Um ein Uhr kam die Schlacht zum Stillstand; weder die Truppen des Prinzen Friedrich Karl noch die des Generals Herwarth konnten mehr Terrain gewinnen; die Schlacht war für die Preußen verloren, wenn der Kronprinz mit seiner Armee nicht auf dem Kampfsplatz eintraf, der den rechten Flügel der Oesterreicher angreifen sollte. Endlich erschien er nachmittags drei Uhr, nachdem er verschiedene ihm entgegengestellte kleine Abtheilungen zurückgeworfen hatte, im Rücken der österreichischen Aufstellung und entschied die Schlacht. Benedek hatte den Ort Ehlum, welcher den Kronprinzen hätte aufhalten können, nicht stark genug besetzt; die Truppen des Kronprinzen brachen durch das Dorf und kamen jetzt die Höhen von Lipa gegen die österreichische Schlachtlinie herab. Die erste preußische Armee faßte neuen Muth, sie nahm das Gehölz von Sadowa und eine Batterie, welche dahinter stand. Die österreichischen Regimenter fingen an zu retiriren; die preußische Artillerie erreichte die Höhen von Lipa und sandte Granaten unter die Fliehenden. Auf den Höhen des Dorfes Strefelitz versuchte ein Theil der österreichischen Artillerie noch einmal Stand zu halten, mußte aber der an Zahl überlegenen preußischen Artillerie weichen. Jetzt wandte sich die ganze österreichische Armee zur Flucht und wurde von preußischer Cavalerie und Artillerie verfolgt. Um sieben Uhr abends machte das Gros der preußischen Armee Halt; die Verfolgung der Oesterreicher, die sich nach der Festung Königgrätz und den Elbübergang bei Pardubitz wandten, wo noch viele in der Elbe den Tod fanden, wurde bis neun Uhr fortgesetzt. Der Zug der Fliehenden ging nach Mähren, wo Benedek die Reste seiner Armee in einem besetzten Lager bei Olmütz wieder sammelte; die Flucht geschah in solcher Eile, daß das Gros des Heeres schon am 8. und 9. Juli in dem 18 Meilen entfernten Olmütz eintraf; der schweren Reiterei, dem zehnten Corps und den Sachsen hatte Benedek befohlen, direct auf Wien zu retiriren. Die Preußen



überschritten die Elbe bei Pardubitz erst am 6. Juli und hätten der geschlagenen Armee Zeit gelassen, den Rückzug nach Olmütz in einer gewissen Ordnung auszuführen, was jedoch nicht der Fall war. Der Verlust, den die Oesterreicher in dieser Schlacht erlitten, ist bisher specialisirt nicht bekannt geworden; aber er war ungeheuer. Nach preussischen Angaben erbeuteten die Preußen in dem kurzen vierwöchentlichen Feldzuge gegen die Oesterreicher, der mit dieser Schlacht so ziemlich sein Ende gefunden hatte (es folgten nur noch einige unbedeutende Treffen), 484 Geschütze und machten über 30,000 Gefangene; verwundete Oesterreicher wurden 14,346 in preussische Spitäler aufgenommen. Die Zahl der Todten der österreichischen Nordarmee in den bisherigen Schlachten und Gefechten gaben österreichische Blätter auf 4100 an, was wohl zu gering ist. Die Preußen hatten in der Schlacht bei Königgrätz 1172 Todte, 6704 Verwundete und 1817 Vermisste. Das Unglück des Tages von Königgrätz schrieb das österreichische Kriegsministerium allein dem Oberbefehlshaber Feldzeugmeister v. Benedek und seinem Generalstab zu. Benedek mußte sich sofort unter den Oberbefehl des Erzherzogs Albrecht stellen, der in Italien commandirt hatte. Nach Beendigung des Krieges wurde über ihn, über den Generalstabschef v. Henikstein und über den Chef der Operationskanzlei v. Krismanics eine kriegsgerichtliche Untersuchung verhängt. Der Kaiser Franz Joseph schlug diese Untersuchung am 4. Dez. 1866 nieder, mit der Erklärung, es seien zwar Mißgriffe geschehen, die zu einer Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens berechtigten; allein es gebe kein Gesetzbuch, das den Mangel höchster geistiger Begabung für straffällig erkläre, und es erübrige in solchen und ähnlichen Fällen Nichts, als die unerläßliche Sühne, welche in der sofortigen bleibenden Entfernung der Betreffenden aus einem unangemessenen Wirkungskreis bestehe. Schon am 20. Oktober waren die genannten Generale pensionirt, der General Graf Clam-Gallas dagegen, der höchsten böhmischen Aristokratie angehörig, vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Benedek selbst erklärte vor dem Kriegsgericht, er habe sich gleich anfangs geweigert, den Oberbefehl zu übernehmen, da er von Böhmen nicht die genaue Terrainkenntniß besitze, wie von Oberitalien; nur auf den Wunsch des Kaisers habe er sich zur Uebernahme desselben entschlossen. Das Mißlingen liege nicht an ihm, sondern an der Armee. Die österreichische Kampfesweise könne gegen die preussische Taktik nicht bestehen; namentlich gehe den Oesterreichern die preussische Marschgeschwindigkeit ab; seine Befehle seien unvollkommen ausgeführt worden, die einzelnen Corps seien nicht rechtzeitig auf dem Kampfplatz eingetroffen. Die österreichische Presse nahm sich Benedek's sehr energisch an und gab zu verstehen, daß er das

Opfer der hohen Aristokratie sei, die ihn als Emporkömmling\*) sehr ungern an der Spitze der Armee gesehen habe. Doch vernahm man auch Stimmen aus der Armee, welche sagten, es sei ein Hauptfehler gewesen, daß Benedek nicht früher eine entscheidende Schlacht lieferte, bevor die drei preussischen Armeecorps sich vereinigt hatten; und bei Königgrätz habe er die Reserven nicht im rechten Moment zur Verwendung gebracht. Im Uebrigen mußte man es allerdings sehr unrecht finden, daß das Unglück des Tages allein auf die Schultern Benedek's und einiger Officiere seines Generalstabs gewälzt werden sollte. Die Hauptursache lag in der Stimmung der österreichischen Armee, die aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt war, welche sich schon seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben bekämpften, der Regierung

---

\*) Benedek, geboren 1804 zu Debenburg in Ungarn, ist der Sohn eines Arztes und Protestant. Die hohe Aristokratie und die Clerikalen sahen ihn ungern in einer so hohen und einflußreichen Stellung. Eine im November 1866 bei Wigand in Leipzig erschienene Broschüre, betitelt: „Der Krieg im Jahr 1866“, die wahrscheinlich einen österreichischen Offizier zum Verfasser hat, sagte: „Die persönlichen Verhältnisse Benedek's erklären den Ausgang des Krieges besser, als die gerühmte Ueberlegenheit des Zündnadelgewehres. Als Parvenu hatte er die aristokratisch-clerikale Partei gegen sich; kaum besser aber stand der Feldzeugmeister mit der vorwärts strebenden Intelligenz im Heere, falls sie sich nicht der größten Devotion gegen ihn beß. Benedek war im Heere vereinsamt, und er fühlte es selbst. Ueber seine Corpscommandanten hat er in der That viel Ursache, sich zu beklagen. Clam läßt sich schlagen, weil er eine schlechte Stellung nimmt und vor Ankunft des dritten Corps batailliren will; Gablenz läßt sich überfallen; Ramming greift ungeschickt an und wird in Folge dessen geworfen; der Erzherzog Leopold weicht dem Gefechte nicht aus, obwohl er offenbar vor einem übermächtigen Gegner auf Josephstadt zu repliren hatte — Benedek ist diesen Herren wahrlich wenig Dank schuldig.“ — In der *Edinburgh Review* erschien im Mai 1867 ein Aufsatz über den deutschen Krieg, welcher wahrscheinlich von einem preussischen General herrührte, der den Feldzug mitgemacht hatte. Der Verfasser sagte: „Man kann den Feldzeugmeister Benedek keiner ernsthaften Fehler am Tage von Königgrätz beschuldigen. Er rechnete mit Grund darauf, daß er im Stande sein werde, mit fünf Corps den Prinzen Friedrich Karl zurückzuschlagen, welcher nur drei zur Disposition hatte, bevor der Kronprinz von Preußen heran kam, und das voreilige Vorgehen des Prinzen Friedrich Karl verbesserte seine Aussichten um das Doppelte. Aber während vier Stunden des hartnäckigsten Kampfes bewiesen die Preußen, daß sie, ohne zu weichen, dem Angriff sehr überlegener Kräfte Stand halten konnten, und dieser Standhaftigkeit viel mehr, als einem Mangel an der Kriegsführung Benedek's, ist der Verlust des Tages von Königgrätz zuzuschreiben. Der General hatte die Marschfertigkeit der preussischen Truppen unterschätzt. Er glaubte nicht, daß die preussischen Garden von Königshof her das Schlachtfeld so früh erreichen könnten, noch das Bonin's Truppen von ihrem Vivouat jenseits Miletin überhaupt noch vor der Entscheidung eintreffen könnten. Daß diese Truppen so schnell vorrückten, trotz des Regens und trotz der Wege, daß sie nach ihrem ermüdenden Marsche sochten, wie sie bei Eslum und Rosberk gesochten haben, sind bewundernswürdige Thaten.“



abgeneigt waren und von einem Gesamtösterreich abstrebten. Es mangelte dieser Armee, die entweder aus Leuten bestand, die an politischen Angelegenheiten überhaupt gar kein persönliches Interesse zu nehmen pflegen und nur gezwungen in den Krieg folgen, oder aus Solchen, die allein für ihre Nationalität Partei ergreifen und Opfer bringen wollten, an einem österreichischen Nationalgefühl, das die Sache des Gesamtreiches zur eigenen Sache gemacht hätte. Eine Armee, wie hier die österreichische, von welcher sich innerhalb eines Monats 528 Officiere und 35,932 Soldaten, ohne verwundet zu sein (die verwundet in Gefangenschaft Gerathenen betrugen noch außerdem 411 Officiere und 13,935 Mann), als Gefangene abführen ließen, konnte von keinem nationalen Patriotismus, von keiner Theilnahme für die Sache, um welche es sich handelte, beseelt sein. Sie kämpfte nur so lange sie mußte, und that überhaupt nur so Viel, als nothwendig war, um nicht straffällig zu werden; der Erfolg berührte sie wenig \*). Bei den Preußen war es ein ganz anderes Verhältniß. Hier, wo auch alle Gebildeten in die Armee eintreten müssen, herrschte ein ganz anderer Geist, eine weit größere Intelligenz, eine entschiedene Theilnahme für die Sache, für den Kriegsrühm des preussischen Namens. Die militärische Vorbildung der Officiere aller Grade war in Folge der wissenschaftlichen Anforderungen und Prüfungen eine weit höhere und die ganze Organisation der Armee in jeder Beziehung weit vollkommener, als in Oesterreich.

Sobald der Kaiser Franz Joseph in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli in Wien die Nachricht von dem unglücklichen Ausgang der Schlacht bei Königgrätz erhalten hatte, war auch sein Entschluß gefaßt, sich an den Kaiser Napoleon zu wenden. Schon am Morgen des 4. Juli trat er durch den Telegraphen mit dem Kaiser in Verhandlung. Er erbot sich, und es geschah dies vielleicht auf Anrathen des französischen Kaisers, Venetien an Frankreich abzutreten unter der Bedingung, daß Frankreich einen Waffenstillstand mit Italien vermittele, welcher es dem Kaiser möglich machte, die österreichischen Truppen aus Venetien abzurufen und dieselben gegen Preußen zu verwenden. Napoleon erklärte sich bereit, sowohl mit Italien als mit Preußen wegen des Abschlusses eines Waffenstillstandes Verhandlungen anzuknüpfen. Die Vermittlung des französischen Kaisers wurde von beiden Kabinetten angenommen, der

---

\*) Das Urtheil des französischen Generals Trochu, den der Kaiser Napoleon mit dem Studium des preussisch-österreichischen Feldzuges beauftragt hatte, ging dahin, daß die Unfälle Oesterreichs größtentheils in dem verrotteten Militärsystem dieses Staates ihre Erklärung fänden, und daß Venedig nur das Opfer dieser Institutionen sei.

Waffenstillstand aber vor der Hand nicht zugestanden. Im preussischen Lager erkannte man sehr wohl, daß Oesterreich nur Waffenstillstand verlange, um seine Südbarmee in Ruhe aus Venetien herbeiziehen zu können. Gegen Italien berief sich Preußen auf seinen Allianzvertrag, nach welchem beide Mächte nur unter gegenseitiger Einwilligung Waffenstillstand und Frieden schließen dürften, und forderte von den Italienern die Fortsetzung des Krieges. Diese rückten auch, trotz der Erklärung, daß Venetien jetzt französisch sei, in Venetien vor, ohne daß der französische Kaiser Einspruch that, und bedrohten die Grenzen von Tirol und Illyrien. Somit hatte die plötzliche Abtretung Venetiens an Napoleon keine andere Folge, als daß sie die Italiener, denen Venetien jetzt gewiß war, ermutigte, noch weitere Ansprüche zu erheben. Auf die öffentliche Stimmung in Deutschland äußerte dieser Schritt des österreichischen Cabinets eine sehr üble Wirkung; denn bisher war Venetien mit seinem Festungsviereck von Oesterreich beständig für ein den Deutschen unentbehrliches Bollwerk gegen Frankreich erklärt worden, und nun trat der Kaiser dieses Bollwerk an Frankreich ab, um seine Südbarmee gegen Preußen verwenden zu können. Es wurden freilich sofort alle disponibeln Truppen aus Venetien an die Donau gezogen und nur die Besatzungen in dem Festungsviereck und ein kleines Corps unter General Marovich zurückgelassen; allein dieser Zuwachs kam für die österreichische Nordarmee zu spät; die Verhältnisse lagen bereits so, daß von einer Aufnahme der kriegerischen Operationen gegen die Preußen kein günstiger Erfolg mehr zu erwarten stand. Die preussische Armee säumte nicht lange, die durch die Schlacht bei Königgrätz erlangenen Vortheile zu benützen\*); die erste preussische Armee unter dem Befehl des Königs und des Prinzen Friedrich Karl richtete ihren Marsch nach Brünn, die sogenannte Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld marschirte direct über Jglau auf Wien, und die zweite Armee unter dem Befehl des preussischen Kronprinzen wandte sich nach Olmütz, wo Benedek in einem befestigten Lager die Reste seines Heeres sammelte.

Es war an demselben 3. Juli 1866, der durch die Schlacht bei Königgrätz die Sache in Böhmen zu Gunsten Preußens entschied, daß auch die preussische Mainarmee unter General Vogel von Falckenstein ihre Operation gegen die dortigen Bundestruppen ernstlich begann. Freilich kam es auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes nie zu einer eigentlichen Schlacht, sondern nur zu kleineren oder größeren Gefechten, die einen geringen Ausschlag gaben. Keine der beiden

\*) Immerhin gestattete sie sich und den Oesterreichern, die sich inzwischen ungestört zurückziehen konnten, einige Tage Ruhe; sie ging, wie bemerkt, erst am 6. Juli bei Pardubitz über die Elbe.



einander gegenüberstehenden Armeen wurde eigentlich geschlagen oder zersprengt; die Preußen begnügten sich, das rechte Mainufer zu nehmen und zu behaupten, und vermieden es, für weitere Eroberungen eine Hauptschlacht zu liefern, die ihnen von den Bayern ein Paar Mal angeboten wurde. Am 3. Juli kam es zunächst zwischen Preußen und Bayern bei dem Dorfe Dermbach im Fuldathale (Großherzogthum Weimar), dann am 4. Juli bei Reidhardshausen, Wiesenthal, Rosßdorf und Zella zu Gefechten, die für die Bayern ungünstig ausgingen. Auf Seite der letzteren wurde den ganzen kurzen Feldzug hindurch dem Feinde in der Regel zu wenig Mannschaft gegenübergestellt; sodaß die Preußen fast immer in der Ueberzahl waren, während wenige Stunden entfernt bayerische Truppen unthätig stehen blieben. Am 4. Juli ging die gesammte aus sieben Regimentern bestehende bayerische Cavalerie über Fulda hinaus, um die Verbindung der bayerischen Armee mit dem achten Bundesarmeecorps herzustellen, das zwischen Fulda und Gießen auf dem Vogelsgebirge stand, traf aber sechs Stunden hinter Fulda in einer sumpfigen und waldigen Gegend, dem sogenannten Quecksmoor bei Hünfeld, auf preußische Artillerie und Infanterie, und mußte sich, da ihr dieses Terrain keine Ausbreitung gestattete, schleunig zurückziehen. Die Preußen rückten hierauf am 6. Juli in Fulda ein; am 8. Juli gingen sie über die bayerische Grenze und besetzten den Badeort Brückenau; ihr Zweck, sich zwischen die Bayern und das achte Bundesarmeecorps einzuschieben, war dadurch erreicht. Die bayerische Armee stand in einzelnen Abtheilungen zwischen Neustadt an der fränkischen Saale, Kissingen und Hammelburg (das Hauptquartier war in Münnernstadt). In dieser Stellung wurde sie am 10. Juli von den Preußen angegriffen. Bei Kissingen standen nur drei Bataillone Bayern mit 12 Geschützen unter General Zoller. Die Preußen, befehligt von den Generalen Kummer und Wrangel, erschienen von Brückenau her morgens 8 Uhr mit großer Uebermacht. Es wurde hartnäckig bei der Kissingener Brücke über die Saale gekämpft; die Preußen bewerkstelligten aber den Uebergang über den Fluß an einem andern Orte, wo sie einen von den Bayern nur unvollständig abgebrochenen Steg wieder herstellten. Man tadelte, daß die Bayern nicht den Finsterberg und die Anhöhe Bodenlaube mit Geschütz besetzt hatten, von wo aus sie ein vernichtendes Feuer auf die Preußen hätten richten können. Abends sieben Uhr zogen sich die Bayern gegen das Dorf Müßlingen zurück. Hier kamen ihnen zwei Bataillone Infanterie und eine Abtheilung Artillerie zu Hülfe; die neuen Bataillone griffen die Preußen mit dem Bajonnet an und drängten sie hinter das Dorf Müßlingen zurück; die Stadt Kissingen aber blieb in der Gewalt der Preußen. Es waren bei Kissingen den 30,000 Preußen nur 4000

Bayern gegenüber gestanden. Die Bayern hatten in dem Gefecht 92 Tödt (unter diesen den General Zoller) und 573 Verwundete, die Preußen 130 Tödt und 662 Verwundete. Man machte die Bemerkung, daß die Bayern mit ihren Podewils-Gewehren, mit welchen sie zwar weniger Schüsse geben konnten, als die Preußen mit den Zündnadelgewehren, viel sicherer trafen und tödtlichere Wunden verursachten, als die Preußen. Bei Hammelburg, drei Stunden unterhalb Kissingen an der fränkischen Saale gelegen, standen an dem nämlichen 10. Juli 5000 Mann Bayern 30,000 Preußen gegenüber. Der Kampf währte hier nur von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags; die Bayern wichen der Uebermacht. Einige preußische Granaten hatten in Hammelburg gezündet; die Preußen halfen zwar löschen, aber es brannten gleichwohl 21 Häuser nieder, die fast alle unbemittelten Leuten gehörten. Der Plan des bayerischen Feldmarschalls Prinzen Karl, seine Armee mit dem achten Bundesarmeecorps in Ober-Hessen zu vereinigen, war nicht gelungen; das achte Armeecorps hatte sich, nachdem sich die Bayern am 4. Juli von Hünfeld wieder zurückgezogen hatten, aus dem Vogelsgebirge gegen Frankfurt a. M. gewandt; am 9. Juli schlug der Befehlshaber desselben, Prinz Alexander von Hessen, sein Hauptquartier in dem Dorfe Bornheim bei Frankfurt auf. An eine gemeinsame Action des siebenten Armeecorps (Bayern) mit dem achten (Württembergern, Badenern, Nassauern, Hessen) konnte also vorderhand nicht gedacht werden. Prinz Karl von Bayern entschloß sich daher, die bayerische Armee bei Schweinfurt zu concentriren und hier einen Hauptangriff der Preußen zu erwarten. Allein der preußische Kommandirende, General Vogel von Falckenstein, hatte nicht die Absicht, weiter nach Süden vorzudringen; er ließ die Bayern unbehelligt und wandte sich westlich gegen Frankfurt, um mit dem achten Bundesarmeecorps anzubinden und das rechte Mainufer vollständig bis an die Mainmündung zu erobern. Die Bayern ihrerseits folgten ihm nicht nach, wie man erwartet hatte, um das achte Armeecorps zu unterstützen, sondern zogen sich noch weiter südlich nach Würzburg und Umgegend (am 13. Juli war das bayerische Hauptquartier in Kissingen). Der General Vogel von Falckenstein hatte sich mit einem Theil seiner Armee schon von Fulda aus, ohne sich an dem Kampfe bei Kissingen am 10. Juli zu betheiligen, gegen Frankfurt gewandt. General v. Göben zog sich mit den preußischen Truppen, die bei Kissingen gefochten hatten, den Main abwärts über Gemünden und Lohr nach Aschaffenburg, wo sich ihm am 14. Juli die hessen-darmstädtische Division unter General v. Berglas, mit welcher eine Abtheilung kurhessischer Reiterei vereinigt war, entgegenstellte. Der Großherzog von Hessen verließ bei der Annäherung der Preußen am 14. Juli



Darmstadt und begab sich nach München. Die Hessen, ungefähr 8000 Mann stark, hatten die Höhen östlich von Aschaffenburg besetzt und ihre Vorposten längs der Eisenbahn bis Hain vorgeschoben. Sie wurden am 13. Juli aus dieser Position durch die preußische Brigade Wrangel zurückgebrängt, hielten bei Laufach noch einmal Stand, mußten aber mit einem ziemlichen Verlust an Todten und Verwundeten auf Aschaffenburg zurückgehen. Hier kamen ihnen auf der Eisenbahn 12,000 Oesterreicher unter General von Mepperg zu Hülfe; mit diesen bezogen sie vor der Stadt ein Lager, um den Kampf am andern Tag zu erneuern. Am 14. Juli morgens acht Uhr brachen die Preußen unter General v. Goben aus dem Scherlenbacher Walde hervor und beschossen mit ihrer sehr vortheilhaft aufgestellten Artillerie das Lager und den Bahnhof. Die Oesterreicher und Hessen zogen sich in die Stadt hinein, um die Brücke zu gewinnen und auf Hanau zurückzugehen; die Preußen folgten nach; es wurde auch in der Stadt gekämpft; auf der Mainbrücke, welche die Preußen mit ihrem Geschütz bestrichen, fanden noch viele Hessen und Oesterreicher den Tod. Erst mit dem Einbruch der Nacht endete das Gefecht; die Allirten zogen sich gegen Hanau zurück; die Preußen gingen über die Mainbrücke und besetzten die Dörfer Groß- und Kleinostheim. Den Hessen-Darmstädtern kosteten die Treffen bei Laufach und Aschaffenburg 79 Todte und 337 Verwundete; die Oesterreicher hatten bei Aschaffenburg ungefähr 100 Todte und Verwundete. Nach diesem Gefechte zogen sich die gesammten Truppen des achten Bundesarmeecorps südlich nach Miltenberg und Amorbach, um auf diesem Wege mit den bei Würzburg stehenden Bayern in Verbindung zu kommen. Frankfurt am Main blieb den Preußen überlassen. Am 16. Juli rückte General Vogel von Falckenstein mit 15,000 Mann in die Stadt ein; der Senat und das Bürgercollegium wurden aufgelöst und der Bürgerschaft neben ansehnlichen Lieferungen an Lebensmitteln, Monturstücken und Pferden eine Contribution von 6 Millionen Gulden auferlegt. Am 19. Juli wurde Vogel von Falckenstein von der Mainarmee als Gouverneur nach Pöhmien abgerufen und General v. Manteuffel trat an seine Stelle. Dieser kündigte der Bürgerschaft von Frankfurt an, daß sie außer den 6 Millionen noch weitere 19 Millionen als Contribution zu entrichten habe. Durch geübten Druck nur eine Stimme der Mißbilligung; die 19 Millionen wurden den Frankfurtern, nachdem ihre Stadt dem Königreich Preußen einverleibt war, erlassen; aber die 6 Millionen nebst 2 Millionen für Naturallieferungen blieben \*).

\*) Verschiedene Frankfurter Deputationen verwandten sich in Berlin um Nachlaß dieser Contribution, da Frankfurt eine preußische Stadt geworden und

Den preussischen Armeen in Böhmen stand kein schwerer Kampf mehr bevor. Am 6. Juli traf der österreichische General v. Gablenz im preussischen Hauptquartier ein, um wegen eines Waffenstillstandes zu unterhandeln. Der König ging auf keine Verhandlung ein, da die von den Oesterreichern gewonnene Zeit nur dazu gebient hätte, die österreichische Nordarmee durch Truppen aus Venetien zu verstärken. Am 8. Juli besetzten die Preußen Prag. Der Kaiser erließ am 9. Juli eine Proclamation an die Ungarn, worin er sagte: „Es muß sich die Kraftanstrengung meines gesammten Reiches begeben, damit die Abschließung des ersehnten Friedens unter billigen Bedingungen zu Stande komme. Ich bin des starken Glaubens, daß die kampfstüchtigen Söhne Ungarns, vom Gefühle angestammter Treue geleitet, freiwillig unter meine Fahnen eilen werden.“ Am nächsten Tage (10. Juli) folgte ein kaiserliches Manifest an die gesammte österreichische Nation, das freilich wenig Vertrauen auf eine günstige Wendung der Dinge kund gab. Der Kaiser erklärte darin, er habe das Anerbieten Napoleons, mit Preußen einen Waffenstillstand zu vermitteln, angenommen; aber er werde nie in einen Friedensschluß willigen, durch welchen die Grundbedingungen der Machtstellung des Reiches erschüttert würden. In diesem Fall sei er zum Kampf auf's Aeußerste entschlossen und der Zustimmung seiner Völker gewiß, welche der neu auslebende patriotische Geist überall zu den Waffen rufe.“ Dies Letztere war freilich nicht der Fall; es herrschte im ganzen Reiche Verstimmung gegen die Regierung; man verlangte Reformen, die Beseitigung des klerikalen Einflusses, die Einsetzung eines freisinnigen Ministeriums, die Berufung des Reichsrathes und Herstellung der constitutionellen Reichsverfassung. Die Versuche, in Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnthen und Krain einen Landsturm zu organisiren, scheiterten an dem Widerstand der Bevölkerung. Die Stadt Graz, welche sich mit einer Adresse an den Kaiser um Aenderung des Regierungssystems und Berufung des Reichsraths gewandt hatte, erhielt zur Antwort, in einem Augenblick, wo sich das Vaterland in Gefahr befinde, sei keine Zeit, über Reformen zu verhandeln. Nichtsdestoweniger wiederholte der Gemeinderath von Wien die nämliche Bitte, indem er bemerkte: „In so bedrängnißvoller Zeit will die Vertretung Wiens nicht alle Ursachen erörtern, welche die gegenwärtige tiefste Lage des Reiches verschuldet haben; das Eine aber darf sie aus-

---

das von dem Staate Frankfurt zur Bezahlung der Contribution aufgenommene Ansehen dadurch preussische Nationalschuld geworden sei. Der König erklärte, er wolle die Stadt allerdings nicht zu sehr belästigen; man möge zwischen Stadt- und Staatsleistungen in Frankfurt unterscheiden. Bei seiner Anwesenheit in Frankfurt am 15. August 1867 versprach er eine der Stadt günstige Entscheidung.



sprechen, daß diese Lage weniger durch die letzten Mißerfolge im Felde, als durch die unglückliche Politik herbeigeführt wurde, welche die Rathgeber der Krone zum Theil schon seit einer langen Reihe von Jahren sowohl im Innern als nach Außen verfolgten. Eure Majestät haben in Ihrer hohen Einsicht sich veranlaßt gesehen, die Führung ihrer tapferen Armee anderen, hoffentlich glücklicheren Händen anzuvertrauen. Mögen Eure Majestät zu dem segensreichen Entschlusse kommen, auch zur Leitung der Staatsgeschäfte solche Männer zu berufen, deren entschiedene Thatkraft und politische Gesinnung den Völkern Oesterreichs die Gewähr einer besseren Zukunft zu geben geeignet ist.“ Am 12. Juli langten die ersten Abtheilungen der venetianischen Armee in Wien an; bis zum 24. Juli waren von dieser Armee 35,000 Mann Infanterie und 14,000 Mann Cavalerie an der Donau versammelt; aber nachdem das preußische Kriegsministerium am 7. Juli den Befehl hatte ergehen lassen, daß alle Reservemannschaften und die Landwehr zweiten Aufgebotes (etwa 200,000 Mann) nach Böhmen nachrückten, war von dieser Vermehrung der österreichischen Nordarmee nur um so weniger mehr ein Ausschlag zu erwarten. Das Obercommando übernahm am 12. Juli der Erzherzog Albrecht, welcher bisher in Italien glücklich gekämpft hatte; unter ihm commandirte Benedek, der bei Olmütz stand. Die erste preußische Armee, bei welcher sich der König Wilhelm und der Ministerpräsident Graf Bismarck befanden, besetzte am 13. Juli Brünn mit 45,000 Mann. Bei dieser Annäherung der Preußen rüstete man sich in Wien zur Vertheidigung der Stadt. Die Kaiserin verließ unter Thränen Wien mit ihrer Familie am 13. Juli und begab sich nach Ofen; auch sämtliche Ministerien bereiteten sich zum Umzuge nach Pesth vor. An dem nämlichen Tage wurde in Wien ein Kriegsrath gehalten, welcher die tröstliche Versicherung gab, die Reorganisation der österreichischen Nordarmee in Olmütz sei nahezu vollendet, und in wenigen Tagen werde die zwischen Olmütz und Wien sich sammelnde österreichische Kriegsmacht 400,000 Mann stark sein. Inzwischen rückten die drei preußischen Armeen ohne Aufenthalt vor. Die erste und dritte Armee marschirten auf verschiedenen Straßen gegen Wien, die zweite, unter dem Befehl des Kronprinzen, wandte sich gegen Olmütz. Die Absicht der Preußen war, die österreichische Befestigung an der Donau vor Wien zu umgehen, unterhalb Wien, bei Presburg, über den Strom zu setzen und auf diese Weise der Stadt in den Rücken zu kommen. Als sich die zweite preußische Armee Olmütz näherte, verließ Benedek im Stillen sein besestigtes Lager mit dem Gros seiner Armee (130,000 Mann) und zog sich gegen Presburg, um sich dort mit der Armee des Erzherzogs Albrecht zu vereinigen. Die Preußen lieferten seiner 20,000 Mann starken Nachhut am 15. Juli

bei Tobitschau ein Treffen, in welchem sie 18 Geschütze erbeuteten und 400 Gefangene machten; ihr Plan aber, die Armee Benedek's zu umgehen und abzuschneiden, war vereitelt. Am 17. Juli befand sich das Hauptquartier des Königs von Preußen zu Lundenburg, ungefähr in der Mitte des Weges zwischen Brünn und Wien, zehn Meilen von Wien entfernt. Der Kaiser von Oesterreich wies an dem nämlichen 17. Juli die von Napoleon ihm übermittelten Friedensbedingungen, welche so ziemlich dieselben waren, wie die später (am 26. Juli) in Nikolsburg gleichwohl angenommenen, zurück. Napoleon erklärte, daß er diese preussischen Bedingungen billig finde und sich daher auch ferner neutral verhalten werde. Am 19. Juli trafen der König und der Kronprinz von Hannover in Wien ein, wo sich der König von Sachsen bereits befand. Diese Fürsten mahnten natürlich zur Fortsetzung des Krieges; allein das österreichische Kabinet, dem es jetzt deutlich geworden war, daß von Seiten Napoleons weder ein activer Beistand noch ein entschiedenes Einschreiten für bessere Friedensbedingungen zu erwarten stehe, neigte sich zum Frieden. Bei dem Orte Blumenau, eine Stunde von Presburg, kam es am 22. Juli noch zu einem Zusammenstoß zwischen 35,000 Mann Oesterreichern unter dem General Grafen Thun mit einem preussischen Corps unter General Franseky. Noch ehe der Sieg entschieden war, machte mittags 12 Uhr die Nachricht, daß in Nikolsburg Waffenruhe auf fünf Tage geschlossen sei, dem Kampf ein Ende. Das kaiserliche Kabinet hatte sich nämlich entschlossen, in dem Hauptquartier zu Nikolsburg, einem Städtchen an der mährischen Grenze gegen Niederösterreich, wo der König Wilhelm von Preußen in einem dem österreichischen Minister Grafen Mensdorff gehörigen Schlosse seine Wohnung genommen hatte, mit dem preussischen Kabinet direct Friedensverhandlungen anzuknüpfen, und es wurde zu diesem Zwecke am 22. Juli auf fünf Tage Waffenruhe geschlossen, die man nach Ablauf dieser Zeit bis zum 22. August verlängerte. Am 23. Juli fanden sich behufs der Friedensverhandlungen die österreichischen Diplomaten Graf Karolyi und v. Brenner und der Feldzeugmeister Graf Degenfeld ein. Oesterreich hatte sich zwar gegen Bayern verbindlich gemacht, ohne Beiziehung eines bayerischen Bevollmächtigten keine Friedensverhandlungen einzugehen, und dieselbe Rücksicht war daher auch für seine übrigen deutschen Bundesgenossen zu erwarten; allein da Preußen erklärte, es erkenne keinen deutschen Bund mehr an und wolle mit den Mittel- und Kleinstaaten einzeln verhandeln, so legte Oesterreich auf diese eingegangene Verbindlichkeit weiter kein Gewicht mehr. Die durch die Gerüchte von Friedensverhandlungen alarmirten Minister der Mittelstaaten (Bayern, Württemberg, Baden, Darmstadt) erschienen nun aber zwischen dem 24. und 29. Juli ungeladen in Nikolsburg.



Es erübrigt uns nun noch, einen Blick auf die kriegerischen Vorgänge zu werfen, die sich vom 16. Juli an, dem Tage, wo die Preußen die freie Stadt Frankfurt besetzten, bis zum Präliminarfrieden von Nikolsburg (26. Juli) am Main abspannen. Nur in der Erwartung, daß Oesterreich nach der Schlacht bei Königgrätz (3. Juli) noch einmal vor Wien eine Entscheidungsschlacht wagen werde, konnten die Bundestruppen am Main einen Kampf fortsetzen, der im anderen Falle völlig unnütz war. Das Commando über die preußische Mainarmee hatte am 19. Juli aus den Händen des Generals Vogel von Falckenstein der General v. Manteuffel übernommen. Da sich die deutschen Bundestruppen auf dem linken Mainufer in der Gegend von Wertheim sammelten, um einen gemeinsamen Angriff auf die preußische Mainarmee auszuführen; so sah sich letztere veranlaßt, den Zug, den sie soeben mainabwärts bis Frankfurt unternommen hatte, nun auch wiederum zurück mainaufwärts zu machen. Sie war in den letzten Tagen um ungefähr 10,000 Mann verstärkt worden, worunter sich auch die oldenburgisch-hanseatische Brigade befand, die am 19. Juli 5800 Mann stark in Frankfurt eingerückt war\*). Das achte deutsche Bundesarmeecorps hatte sich am 18. Juli bei Miltenberg und Amorbach concentrirt und brachte seine Vereinigung mit dem siebenten (Bayern) am 19. Juli bei Wertheim zu Stande. In dieser Vereinigung war die Bundesarmee ungefähr 90,000 Mann stark, während die preußische Mainarmee nur gegen 75,000 Mann zählte; allein die Bundestruppen erkämpften auch jetzt keine Erfolge; es kam zu keiner großen Schlacht; die Preußen griffen die verschiedenen Bundescorps einzeln an und warfen sie ohne besondere Anstrengung; da unter denselben kein ernstliches Zusammengehen stattfand und keine Abtheilung die andere energisch unterstützte. Erst nachdem am 22. Juli zwischen Oesterreich und Preußen Waffenstillstand abgeschlossen war, kam es zur Erneuerung der Action zwischen der Bundesarmee und der preußischen Mainarmee, und es mußte billig auffallen, daß man die Bundestruppen sich noch unnützer Weise herumschlagen ließ, während die Oesterreicher Waffenruhe hielten und wegen des Friedens verhandelten. Erreicht wurde durch diese Kämpfe von Seite der Bundespolitik gar Nichts, im Gegentheil wurde die Stellung der süddeutschen Staaten gegen Preußen eher noch nachtheiliger, als zuvor. Die preußische Armee rückte am 20. Juli in zwei Abtheilungen von Frankfurt aus gegen die Bundesarmee vor; die eine Abtheilung ging über Darmstadt durch den

---

\*) Von den Hanseaten war nur das bremer Bataillon bei dieser Brigade; das hamburger und lübecker Bataillon traf erst am 27. Juli bei der preußischen Mainarmee ein.

Odenwald, die andere über Aschaffenburg; in der Gegend von Wertheim sollten sich beide Corps vereinigen. Bei dem Dorfe Hundheim, in der Nähe von Wertheim, kam es am 23. Juli zuerst zu einem Gefecht mit der badischen Division. Die Badener, 7000 Mann stark, die nur 1500 Preußen gegen sich hatten, waren in dem waldigen Terrain der Meinung, sie hätten es mit einer großen Uebermacht zu thun und gingen zurück. Am anderen Tage (24. Juli) erneuerten sie den Kampf bei dem Dorfe Werbach, um den Preußen den Uebergang über die Tauber zu verwehren, mußten sich aber vor den zahlreicheren Preußen mit dem Verlust einer Kanone und 85 Mann an Todten, Verwundeten und Vermißten nach Werbachhausen zurückziehen. An demselben 24. Juli wurden auch die Württemberger unter General v. Hardegg in dem Städtchen Tauberbischofsheim von den Preußen unter den Generalen Wrangel und Kummer angegriffen. Sie hatten den Auftrag, die Stadt und die Ausgänge aus dem Thale längs der Straße nach Würzburg gegen die Preußen zu behaupten. Nachdem von zwei Uhr nachmittags bis abends sieben Uhr im Orte selbst und in der nächsten Umgebung gekämpft worden war, zogen sich die Württemberger hinter das Städtchen zurück und schlugen am anderen Morgen den Weg gegen Würzburg ein. Sie hatten 66 Todte und 500 Verwundete. Am 25. Juli kam es bei dem badischen Dorfe Gerchsheim, vier Stunden südwestlich von Würzburg, zu einem Kampfe zwischen den Preußen einerseits und Bayern, Württembergern, Badenern und Hessen andererseits. Die beiderseitigen Verluste waren unbedeutend; der Kampf bestand fast nur in einer gegenseitigen Kanonade. Am Abend zogen sich die Bundestruppen in das bayerische Grenzdörfchen Rist zurück. Hitziger wurde an dem nämlichen 25. Juli bei Helmstadt, zwei Stunden nordwestlich von Würzburg, zwischen den Preußen und Bayern gefochten. Die Bayern zogen sich auf Letzingen und Waldbrunn zurück, erneuerten aber am 26. Juli den Kampf bei Roßbrunn. Man kämpfte hier von frühem Morgen bis Mittag, ohne daß eine der beiden Parteien Terrain gewinnen konnte. Die bayerische Reiterei fiel über die preußische her, welche eine bayerische Batterie nehmen wollte, und trieb sie in die Flucht. Nach bayerischen Berichten wäre der Sieg hier den Bayern, denen die preußischen Divisionen Beyer und Fries gegenüberstanden, gewiß gewesen, wenn sie von den Württembergern, die, statt an dem Kampfe theilzunehmen, schon am Morgen des 26. Juli hinter den Main nach Würzburg abzogen, unterstützt worden wären. Am Abend des 26. Juli gingen sodann auch die Bayern auf Würzburg zurück. Die Preußen und Odenburger rückten am 27. Juli vor die Stadt Würzburg und beschossen von zwölf Uhr mittags bis drei Uhr die Festung Marienberg vom sogenannten



Herzenbruch und dem Nikolausberge aus; bayerische, österreichische und nassauische Artillerie antwortete von der anderen Seite, dem Steinberg, Galgenberg, der Käsburg und dem sogenannten letzten Hieb. Um 11 Uhr gerieth das Zeughaus auf der Festung in Brand und wurde zum Theil vom Feuer zerstört. Ein bayerischer Parlamentär verlangte um drei Uhr wegen der in Nikolsburg schwebenden Waffenstillstandsverhandlungen von dem preussischen General Manteuffel Waffenruhe, bis von Nikolsburg Nachricht über den Ausgang der Verhandlungen eingelaufen sei. Der preussische General ging auf dieses Verlangen ein. Nachdem der Waffenstillstand am 28. Juli in Nikolsburg abgeschlossen war, kam man am 31. Juli überein, daß die Preußen bis zum Abschluß des Friedens die Stadt Würzburg, die Bayern aber die Feste Marienberg mit dem Stadttheil jenseit des Maines besetzt hielten. Am 2. August zogen die Preußen in Würzburg ein und verließen die Stadt erst wieder nach dem Abschluß des Friedens (22. August 1866). Nachdem in Nikolsburg von den Bevollmächtigten der Mittelstaaten am 28. Juli ein mit dem 2. August beginnender Waffenstillstand auf drei Wochen abgeschlossen war, von dem man zuverlässig annehmen konnte, daß ihm der Friede folgen werde, ging das Bundesheer auseinander; Württemberger, Badener, Hessen und die Desterreicher unter General v. Mepperg zogen in die Heimath zurück; die Nassauer, deren Land von den Preußen occupirt war, bezogen Kantonnirungen auf bayerischem Gebiet bei Günzburg an der Donau, wo sie der Herzog am 8. Sept. 1866 ihres Eides entband und in die Heimath entließ.

Man hat behauptet, der Prinz Karl von Bayern, Oberbefehlshaber der Bundesarmee, sei durch politische Bedenkllichkeiten bestimmt worden, mit der bayerischen Armee und der Bundesarmee überhaupt nicht energisch vorzugehen und sich mehr in der Defensiv zu halten; es ist dies auch nicht unwahrscheinlich. Schon als der Kampf ernstlich begann, bei Kissingen und Hammelburg am 10. Juli, war die Niederlage der Desterreicher bei Königgrätz (3. Juli) der ganzen Bundesarmee bekannt. Die Generale des Bundesheeres konnten nur eine sehr geringe Hoffnung haben, daß Desterreich sich wieder aufrichten und den Sieg auf seine Seite wenden werde. Jeder Vortheil, den sie über die Preußen erfochten, würde für diese eine Aufforderung gewesen sein, das preussische Heer am Main zu verstärken, mit Uebermacht in die südlichen Mittelstaaten einzudringen und die Friedensbedingungen zu steigern. Als die Preußen das zweite Mal von Frankfurt aus am 20. Juli gegen das Bundesheer anrückten, war, noch ehe das erste Zusammentreffen bei Hundheim am 23. Juli statt fand, am 22. Juli zu Nikolsburg zwischen Desterreich und Preußen bereits Waffenstillstand

geschlossen, und die Bevollmächtigten der Mittelstaaten eilten nach Wien, um an den Verhandlungen theilzunehmen. Was sollte jetzt noch die Bundesstruppen für den Krieg begeistern? Von Oesterreich waren sie verlassen; die Friedensverhandlungen hatten begonnen; jeder Erfolg, den sie fortan errangen, hatte keinen Zweck mehr; er konnte das stärkere Preußen höchstens auffordern, auf Kosten der süddeutschen Bundesregierungen Genugthuung zu suchen.

Der preußische Krieg gegen Bayern hatte noch eine kleine Episode, die wir nicht ganz übergehen wollen. Am 23. Juli überschritt das zweite preußische Reservecorps unter dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die bayerische Grenze bei Hof und besetzte am 28. Juli Baireuth. Es bestand anfangs nur aus 8000 Mann, verstärkte sich aber durch Zuzüge (Mecklenburger, Braunschweiger, Altenburger, Dessauer) bis auf 20,000 Mann. Die bayerische Armee stand bei Würzburg; ihr Oberbefehlshaber verließ sich auf die Waffenstillstandsverhandlungen und schickte nur ein einziges Bataillon nach Baireuth, um diesen Ort zu besetzen. Als dasselbe vor der Stadt ankam, waren bereits Preußen darin. Der Großherzog erklärte, er wisse von keinem Waffenstillstand und könne einen solchen nur anerkennen, wenn er ihm vom preußischen Obercommando notificirt sei. Das bayerische Bataillon zog nun ab, wurde aber am anderen Tage (29. Juli) auf der Strasse nach Kemnath bei dem Dorfe Seybothenreuth in der Frühe von zwei Bataillonen Preußen, welche drei Kanonen und eine Escadron mecklenburgische Dragoner bei sich hatten, angegriffen und nach Creussen zurückgeworfen; 200 Bayern wurden gefangen. Schnell rückten die Preußen jetzt nach Nürnberg vor, um diese Stadt noch vor Eintritt des Waffenstillstandes (2. August) in ihre Gewalt zu bekommen. Eine Compagnie bayerische Infanterie ging ihnen über Nürnberg drei Stunden hinaus bis nach dem Flecken Eschenau entgegen; man war der Meinung, die Preußen sollten, in der Voraussetzung, es käme ein größeres bayerisches Corps nach, einige Stunden vor Nürnberg Halt machen; allein die Preußen nahmen die Compagnie gefangen und zogen am 31. Juli in Nürnberg ein, das sie bis zum Frieden (22. August 1866) besetzt hielten.

Die Friedensverhandlungen begannen am 23. Juli zu Nikolsburg, einem mährischen Städtchen an der Grenze gegen Niederösterreich, zehn Meilen von Wien. Dieselben wurden österreichischerseits von dem Grafen Karolyi, dem Baron Brenner und dem Feldzeugmeister Grafen Degenfeld geführt, preussischerseits von dem Grafen Bismarck; auch der König Wilhelm selbst war in Nikolsburg anwesend. Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, befand sich gleichfalls in Nikolsburg und äußerte auf die Feststellung der Friedens-



bedingungen bedeutenden Einfluß; keine der beiden contrahirenden Mächte wollte sich den Kaiser Napoleon zum Gegner machen, jede zeigte sich daher nachgiebig gegen die französischen Vorschläge. Wie man aus dem sogenannten Gelbbuch erfuhr, das der französische Minister des Auswärtigen im Februar 1867 dem gesetzgebenden Körper in Paris vorlegte, trat der französische Kaiser sogleich nach der Schlacht bei Königgrätz mit Zustimmung des österreichischen und preußischen Kabinetts vermittelnd ein. Dem preußischen Kabinet war es vor Allem um den Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Bunde zu thun; es war dies preußischerseits die erste Bedingung des Friedens. Der Kaiser Napoleon empfahl am 12. Juli durch Telegramm dem Kaiser von Oesterreich die Annahme dieser Bedingung, da unter den gegebenen Verhältnissen eine Fortsetzung des Kampfes den Untergang des Kaiserstaates nach sich ziehen könnte. Am 13. Juli telegraphirte der Herzog von Grammont, französischer Gesandter in Wien, nach Paris, der Kaiser Franz Joseph wolle, bevor er diese Bedingung zugestehet, erst die übrigen preußischen Forderungen kennen; denn wenn im weiteren noch Abtretung von Gebiet verlangt würde, so wolle er lieber den Kampf fortsetzen und, wenn es sein müsse, in Ehren untergehen. Am 14. Juli übersandte das französische Kabinet an das österreichische die preußischen Bedingungen, welche Napoleon gut hieß; es waren ungefähr dieselben, welche nachher angenommen wurden, nur verlangte Preußen die Abtretung eines kleinen Gebietes zur Abrundung seiner schlesischen Grenze. Oesterreich verweigerte Letzteres, werauf Benedetti von Napoleon angewiesen wurde, Alles aufzubieten, damit Preußen auf diesen Punct verzichte. Man wechselte über diesen Gegenstand noch mehrere Depeschen und war darüber noch nicht im Reinen, als am 23. Juli die directen Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in Nikolsburg begannen. Am 25. Juli telegraphirte Benedetti nach Paris, Preußen habe die Integrität Oesterreichs (mit Ausnahme Venetiens) und Sachsens zugestanden und die übrigen Punkte der Friedenspräliminarien nach dem französischen Vorschlag angenommen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß das Abkommen in der Schwebe bleibe, bis Italien demselben zugestimmt habe, und letzterem der Erwerb Venetiens gesichert sei. Am 26. Juli wurden die Friedenspräliminarien in Nikolsburg unterzeichnet.

Preußen erkannte darin die Integrität Oesterreichs (mit Ausnahme Benedigs) und Sachsens an. Dafür erklärte sich Oesterreich mit der Auflösung des deutschen Bundes und mit einer Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates einverstanden, billigte zum Voraus die vom König von Preußen in Norddeutschland herzustellenden Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, und trat an den König seine auf Schleswig-Holstein

erworbenen Rechte ab, jedoch mit der Clausel, daß die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäben, mit Dänemark vereinigt werden sollten. Diese Clausel ist augenscheinlich auf Betrieb des französischen Kabinetts unter die Friedensbedingungen gekommen; denn das österreichische konnte keine Veranlassung haben, dieselbe zu verlangen. Bezüglich des Verhältnisses Preußens zu Süddeutschland sagte der Artikel 2 der Präliminarien: „Der Kaiser von Oesterreich erkärt sich damit einverstanden, daß die südlich von der Mainlinie gelegenen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.“ Es ist beachtenswerth, daß nicht die Präliminarien, wohl aber der später zu Prag am 23. August 1866 geschlossene definitive Friede im Artikel 4 zu diesem Passus den Zusatz brachte: „und der (nämlich der süddeutsche Verein) eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.“ Letzterer Zusatz war offenbar auf Betreiben des französischen Kabinetts eingefügt worden. Die internationale Existenz sollte Süddeutschland schwach und französischen Einflüssen zugänglich erhalten und seine feste Einigung mit Norddeutschland verhindern. Der Passus beabsichtigte, das dreigetheilte Deutschland zu helfen, das in dem Plane Napoleons lag, damit das deutsche Volk an Größe und Macht sich nicht mit Frankreich messen könne und der französischen Nation, die seit dem Krimkrieg das entscheidende Wort in Europa geführt hatte, kein ebenbürtiger Rival ersthe. Hoffentlich wird sich Deutschland für die Dauer von Frankreich nicht vorschreiben lassen, wie es sich in seinem Inneren gestalten dürfe. Als Kriegskostenentschädigung zahlte Oesterreich an Preußen nur 20 Millionen Thaler. Preußen hatte 80 Millionen gefordert, beide Großmächte kamen aber überein, von diesen 80 Millionen die Hälfte, also 40 Millionen, den deutschen Allirten Oesterreichs aufzulegen; von den übrigen 40 Millionen, die Oesterreich zu tragen hatte, durfte das österreichische Kabinet noch seine Kriegskosten in Schleswig-Holstein mit 15 Millionen Thalern und weitere 5 Millionen für die Verpflegung der preußischen Truppen auf österreichischem Gebiet für die Zeit vom Abschluß der Präliminarien bis zum definitiven Frieden in Abzug bringen.

Wiewohl das französische Kabinet bei seiner Friedensvermittlung darauf bedacht gewesen war, Preußen sich nicht über den Main hinüber ausdehnen zu lassen und Deutschland in drei Theile zu theilen; so hatten doch die außerordentlichen Erfolge, welche die preußische Armee in der kurzen Zeit von vier Wochen errungen hatte, den preußischen und mit ihm den deutschen Namen im Ausland zu hohem kriegerischem Ansehen gebracht und Frankreich, welches bisher für die erste europäische



Kriegsmacht galt, in Schatten gestellt. Der französische Nationalstolz empfand dies übel und mißbilligte die Politik Napoleons, die durch ihre Neutralität den preussischen Waffen freie Bahn gelassen hatte. Unter den Deutschen aber mußten diese Erfolge die Ueberzeugung wach rufen, daß sie unbedingt das Machtwort in Europa sprechen könnten, wenn sie einig und eng verbunden wären.

## Friedenspräliminarien

zu Nikolsburg zwischen Preussen und Oesterreich,

26. Juli 1866.

JJ. MM. der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen, beiseit von dem Wunsche, ihren Ländern die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben, haben zu diesem Ende und behufs Feststellung von Friedenspräliminarien zu ihren Bevollmächtigten ernannt: Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich die HH. Grafen Karolyi und Frhrn. v. Brenner-Felsach; Se. Maj. der König von Preussen: den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck-Schönhausen, welche, nachdem ihre Vollmachten ausgetauscht und in richtiger Form befunden, über folgende Grundzüge als Basis des demnächst abzuschliessenden Friedens übereingekommen sind.

Art. I. Der Territorialbestand der österreichischen Monarchie, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreichs, bleibt unverändert. Se. Maj. der König von Preussen verpflichtet sich, seine Truppen aus den bisher von denselben occupirten österreichischen Territorien zurückzuziehen, sobald der Friede abgeschlossen sein wird, vorbehaltlich der im definitiven Friedensschlusse zu treffenden Massregeln wegen einer Garantie der Zahlung der Kriegsentschädigung.

Art. II. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an, und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaats. Ebenso verspricht Se. Majestät, das engere Bundesverhältniss anzuerkennen, welches Se. Maj. der König von Preussen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, dass die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.

Art. III. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich überträgt auf Se. Maj. den König von Preussen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oct. 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig, mit der



Massgabe, dass die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.

Art. IV. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich verpflichtet sich, behufs Deckung eines Theils der für Preussen aus dem Krieg erwachsenen Kosten, an Se. Maj. den König von Preussen die Summe von 40 Mill. Thlrn. zu zahlen. Von dieser Summe soll jedoch der Betrag der Kriegskosten, welche Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich laut Art. 12 des gedachten Wiener Friedens vom 30 Oct. 1864 noch an die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu fordern hat, mit 15 Mill. Thlrn., und als Aequivalent der freien Verpflegung, welche die preussische Armee bis zum Friedensschluss in den von ihr occupirten österreichischen Landestheilen haben wird, mit 5 Millionen in Abzug gebracht werden, so dass nur 20 Millionen baar zu zahlen bleiben.

Art. V. Auf den Wunsch Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich erklärt Se. Maj. der König von Preussen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit Sr. Maj. dem König von Sachsen abzuschliessenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Dagegen verspricht Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich die von Sr. Maj. dem König von Preussen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen einschliesslich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.

Art. VI. Se. Maj. der König von Preussen macht sich anheischig, die Zustimmung seines Verbündeten, Sr. Maj. des Königs von Italien, zu den Friedenspräliminarien und zu dem auf dieselben zu begründenden Waffenstillstand zu beschaffen, sobald das venetianische Königreich durch Erklärung Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen zur Disposition Sr. Maj. des Königs von Italien gestellt sein wird.

Art. VII. Die Ratificationen der gegenwärtigen Uebereinkunft werden binnen längstens zwei Tagen in Nikolsburg ausgetauscht werden.

Art. VIII. Gleich nach erfolgter und ausgetauschter Ratification der gegenwärtigen Uebereinkunft werden Ihre beiden Majestäten Bevollmächtigte ernennen, um an einem noch zu bestimmenden Ort zusammenzukommen und auf der Basis des gegenwärtigen Präliminarvertrags den Frieden abzuschliessen und über die Detailbedingungen desselben zu verhandeln.

Art. IX. Zu diesem Zwecke werden die contrahirenden Staaten, nach Feststellung dieser Präliminarien, einen Waffenstillstand für die kaiserlich österreichischen und königlich sächsischen Streitkräfte einerseits und die königlich preussischen anderseits abschliessen, dessen nähere Bedingungen in militärischer Hinsicht sofort geregelt werden sollen. Dieser Waffenstillstand wird

am 2. August beginnen und die im Augenblicke bestehende Waffenruhe bis dahin verlängert. Der Waffenstillstand wird gleichzeitig mit Bayern hier abgeschlossen, und der General Freiherr v. Manteuffel beauftragt werden, mit Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt einen am 2. August beginnenden Waffenstillstand auf der Grundlage des militärischen Besitzstandes abzuschliessen, sobald die genannten Staaten es beantragen.

Zu Urkund des Gegenwärtigen haben die gedachten Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

Nikolsburg, 26. Juli 1866.

*Karolyi m. p.*

*Brenner m. p.*

*v. Bismarck m. p.*